

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

52. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Februar.

10 Uhr. Am Ministertische: Maybach und mehrere Commissarien. Die Tribünen sind überfüllt.

Das Haus hat ein Mitglied, den Abgeordneten Ritsche, Vertreter für Pleß-Rybnitz, durch den Tod verloren und ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Die Verhandlung über die dritte Resolution der Budget-Commission, welche die zukünftige Eisenbahnpolitik der Regierung betrifft, wird fortgesetzt. Sie fordert die Staatsregierung auf: 1) vom Aufbau von Vollbahnen unter den gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen Abstand zu nehmen; 2) dagegen eingehende Untersuchungen darüber anzustellen, in wie weit der Bau von localen Anschlußbahnen niedriger Ordnung geeignet ist, die Rentabilität der vorhandenen Eisenbahnen, insbesondere der Staatsbahnen, zu heben und den Absatz von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und sonstigen Rohproducten zu erleichtern; 3) dem Landtage in der nächsten Session eine Darlegung zu machen, in wie weit die Interessenten bei dem Bau solcher Localbahnen durch Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung beziehungsweise durch Staatsmittel unterstützt werden können.

Abg. Lasker beantragt an Stelle der Resolution III. 1 zu setzen: III. zu erklären, daß unbeschadet der Frage, ob und in welcher Weise das Staatsbahnsystem über den bisherigen Umfang auszuweiten sei, 1) die derzeitige Finanzlage des Staates nicht gestattet, auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens mit Unternehmungen vorzugehen, bei welchen die Rentabilität nicht genügend gesichert ist; 2) es dringend erforderlich ist, die Ziele und Grundzüge der Eisenbahnpolitik seitens der tgl. Staatsregierung klar darzulegen und eine Verständigung über dieselben zwischen der Staatsregierung und dem Landtage herbeizuführen.

Abg. v. Hammerstein, unterstützt von vielen Conservativen, beantragt an Stelle von III. 1 zu setzen: III. Die Staatsregierung aufzufordern: 1) die Durchführung des Staatsbahnsystems als Ziel der preussischen Eisenbahnpolitik unverändert im Auge zu behalten.

Handelsminister Maybach: Der Referent der Budgetcommission hat gestern sein Bestreben darüber ausgesprochen, daß in der Commission bei der Beratung des vorliegenden Gegenstandes die Regierung bloß durch Commissarien, nicht durch den Minister selbst vertreten gewesen sei. Ich habe nicht geglaubt, daß bei einer einfachen Vorlegung des Stats, der an sich besonders Veranlassung zu ausführlichen Erörterungen kaum giebt, auf Fragen von principieller Tragweite eingegangen werden würde; ich habe gemeint, daß sich an den Passus der Thronrede, wo von einer Vorlage über das Eisenbahnwesen die Rede ist, kaum eine Erörterung der principiellen Fragen anknüpfen, daß es sich vielmehr empfehlen würde, an der Hand praktischer Unterlagen die Principienfragen zu erörtern. Weshalb diese Vorlage in der jetzigen Session nicht an das Haus gelangen kann, darüber behalte ich mir die Äußerung vor. Wie die Sachen jetzt liegen, ist die Erörterung nur von mehr akademischem Werthe. Sie werden mir zugeben, daß verschiedene Ansichten über die Entwicklung des Eisenbahnwesens Platz greifen können, aber es ist nicht gut möglich, sich auf akademischem Wege über Dinge von so eminent praktischer Natur zu verständigen, das ist viel leichter an der Hand der Vorlagen selbst. Allerdings hat ja die Presse sehr lebhaft an mich die Aufforderung gerichtet, mit einem Programm herzutreten. M. H., was sind Programme? (Unruhe links.) Wollen Sie ein Programm mit meinem Namen verbinden, so kann das insofern geschehen, als, so lange ich in der Eisenbahnverwaltung thätig bin, ich niemals den Gedanken verlegt habe, weil ich ihn aus der praktischen Anschauung entnommen, daß das, was man gewöhnlich unter Staats-Eisenbahnen versteht, für einen Staat wie Preußen allein das richtige sei. (Beifall rechts.)

Die Modalität, das Tempo, der Umfang der Maßregeln, welche zur Ausführung dieses Gedankens zu ergreifen sein möchten, werden von der Zeit und den Umständen abhängen und dabei wird ganz gewiß in erster Reihe die Finanzlage des Staates in Erwägung kommen. Ich meine, der Handelsminister ist zum Handeln da, nicht bloß in Bezug auf den Handel, sondern er soll Ihnen Tausende vorlegen; nicht mit Worten, sondern mit Handeln muß vorgegangen werden. Und in der That, weshalb soll denn jetzt, nach der gegenwärtigen geschäftlichen Lage der Dinge Anlaß vorliegen, über so weit tragende Fragen hier in Erörterung zu treten? Wenn es richtig ist, daß wir in Unterhandlung stehen mit verschiedenen Privatbahnen, und daß ist der Fall, deren Unternehmungen auf den Staat überzuführen, Unternehmungen, die vielleicht einen Umfang von 2000 Kilometern haben, was wird dadurch in der gegenwärtigen Lage unseres Eisenbahnwesens geändert? Wird der Zustand ein anderer, wenn zu den 6000 Kilometern Staatsbahnen noch 2000 Kilometer hinzutreten? Die ins Auge gefaßten Linien sind allerdings von gewisser Bedeutung für die Entwicklung und Wirksamkeit der vorhandenen Staatsbahnen. Aber von diesen 2000 Kilometern ist schon der dritte Theil, wenn auch nicht der Form nach, so doch in Wirklichkeit in Staatsbesitz; ich erinnere nur an Berlin-Stettin, wovon einzelne Linien schon mit Staatsgarantie das Budget erheblich belasten, und man hat schon im Hause angeregt, ob es nicht zweckmäßig sein möchte, dieses Unternehmen ganz in Staatsbesitz übergehen zu lassen. Der Abg. Richter hat gestern gesagt, daß Berlin-Dresden und die Belastung, welche der Staatskasse daraus erwächst, vielleicht hätte vermieden werden können. Er wollte damit andeuten — und ich will ihm nicht gerade widersprechen —, daß die Bedeutung dieses Unternehmens für den wirtschaftlichen Wohlstand wohl nicht im Verhältnis mit der bei der Gründung gemachten Aufwendung steht, welches jetzt, nachdem sich diese Gründung als eine verheerliche erwiesen, für den Staat eine Quelle von Ausgaben geworden ist und noch werden wird, ohne daß die Regierung dies von sich abwenden kann, weil viele der Bahnen, die der Herr Abg. Richter in einer früheren Debatte als „vertrachte“ bezeichnete, d. h. solche, deren Ertragnis nicht im Verhältnis steht zu ihren Kosten, von der Regierung unter Zustimmung des hohen Hauses übernommen werden mußten, um nicht Trümmern und Ruinen über das Land zu verstreuen. Das ist die Folge der, wie sie wohl genannt wird, unglücklichen Privatbahndivultrie, die uns die Jahre nach dem Abschluß des französischen Krieges gebracht haben.

Zur Sache selbst muß ich bevorzugen, daß ich mir gewisse Schranken in den hier zu machenden Mittheilungen auferlegen muß; einmal gegenüber den persönlichen Angriffen, welche mir ja in einem selten reichen Maße zu Theil geworden sind. Ich glaube, daß diese Angriffe nicht an mich heranreichen und lehne es ein für alle mal ab, auf sie irgend etwas zu erwidern. Ich will mich nicht des in diesem Hause gebrauchten Bildes vom dem Reiter, der durch das Dorf reitet, bedienen (Heiterkeit), aber ich halte an dem Grundsatz fest: thue recht und scheue Niemand, und meine, daß der Staatsmann, der für König und Vaterland in die Schlacht gehen will, auch den Pulverdampf nicht scheuen soll, mag er auch etwas übel riechen. (Beifall rechts.) Ich weiß noch nicht, ob gerade die heutige Verhandlung geeignet ist, die Unterhandlungen, welche wir mit einzelnen Gesellschaften pflegen, sehr zu fördern, und ich habe mir wohl die Frage vorgelegt, ob es nicht dem Staatsinteresse förderlicher sei, heute mit der Erklärung zu schließen: „M. H., ich bitte abzuwarten, bis wir mit praktischen Vorlagen an Sie herantreten, in akademischen Erörterungen, ich wiederhole es, darf ich mich heute nicht einlassen.“ Indessen ich fühle das Bedürfnis, mich heute doch etwas weiter auszusprechen.

Eine zweite Reserve muß ich mir mit Rücksicht darauf auflegen, daß, wie Sie sich denken können, für einen Beamten, der ein Vierteljahrhundert im Eisenbahndienst thätig gewesen ist, in den verschiedensten Provinzen des Staates eine amtliche Wirksamkeit in den verschiedensten Stellungen entfaltet hat, der also mit den Verhältnissen des Eisenbahnwesens, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt haben, ziemlich gut bekannt sein muß, die Beschreibung sehr nahe liegt, auf verschiedene Nebenpunkte, die ich nicht näher verfahren will, einzugehen, um das ganze Gebiet sachlich zu erörtern. Ich will mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf diese Nebenpunkte nicht eingehen, die zur Sache doch nichts nützen. So weit über einzelne Punkte

Auskunft gegeben werden muß, werden dies meine Herren Mitarbeiter thun. Der Passus der Thronrede: „Im Interesse der Landeswohlthat erweist sich eine kräftigere Zusammenfassung und Ordnung des Eisenbahnwesens sowie die Ergänzung des vaterländischen Eisenbahnnetzes in verschiedenen Theilen des Staates als unerlässlich. Sofern, wie gehofft wird, die behufs demnächstiger Ueberführung wichtiger Actieneisenbahnunternehmungen in die Hände des Staates und für den Bau einiger besonders dringlicher Eisenbahnlinien eingeleiteten Vorarbeiten bei Zeiten zum Abschluß gelangen, wird Ihnen eine desfallsige Vorlage zugehen.“ — dieser Passus bezeichnet den Standpunkt der Regierung, welche an dem festhält, was sie im Jahre 1876 gelegentlich der Vorlage wegen Uebertragung des Eigentumsrechts des preussischen Staates an das Reich ausgesprochen hat, nämlich daß sie, sofern das Reich auf diese Uebertragung eingehen möchte, es für notwendig halte, im eigenen Lande mit denjenigen Maßregeln vorzugehen, welche das eigene Interesse gebietet.

Der Gedanke, Reichseisenbahnen ins Leben zu rufen in dem Umfange, wie sie das Gesetz vom 6. Juni 1876 ins Auge gefaßt hat, fand bekanntlich bei unseren verbündeten Regierungen nicht den Anklang, auf den man geglaubt hatte, rechnen zu dürfen. Es liegt kein Anlaß vor, nach irgend einer Seite eine Pression zu üben. Wir wollen ja alle Mühe nehmen auf die verbündeten Regierungen, insofern es sich nicht zu vermeiden scheint, daß wir uns im Hause selbst vorläufig so einrichten, wie es unserem Interesse entspricht. Die Staatsregierung hat mit jenem Satz ausgesprochen wollen und wiederholt es durch meinen Mund, daß sie sich die Durchführung des Staatsbahnsystems zur Aufgabe stellen will in dem Umfange, welcher in jener Vorlage vom Jahre 1876 bezeichnet worden ist, d. h. in Bezug auf die Hauptlinien des Eisenbahnnetzes. Ich stimme mit dem Abg. Rasse darin überein, daß wir in Bezug auf diese Frage nicht mehr freie Hand haben; wir sind in der That in dem Staatsbahnsystem drin, d. h. in einem verknüpften und zwar weder zum Nutzen der Staats- noch der Privatbahnen. Sie haben seiner Zeit die Zustimmung erteilt zur Ausführung der großen Linie Berlin-Weimar (Hört! Hört!), welche nach meiner Auffassung in der That den Uebergang zum Staatsbahnsystem bezeichnete.

Diese Linie sollte die richtige Verbindung herstellen zwischen dem Osten und dem Westen, welche bisher fehlte. Sie ist damals richtig bezeichnet worden als das Rückgrat des Systems, welches nach der Ausführung bedürfte. Es fehlen noch die Rippen, vielleicht auch etwas Fleisch. Die bisher an das Haus gelangten Vorlagen, ich erwähne bloß die Vorlage der Homburger Eisenbahn, stehen mit dem großen Gedanken, der damals ausgesprochen ist, in keinem Zusammenhang. Ich glaube auch aus der Budget-Commission vernommen zu haben, daß man der Vorlage selbst eine eisenbahnpolitische Bedeutung nicht beilegte, sondern daß sie eine Vorlage ist, welche sich aus technischen, rechtlichen und finanziellen Gründen empfiehlt. Auch von einer anderen Bahn kann ich bestätigen, daß ihre Erwerbung für den preussischen Staat in Aussicht genommen ist, ich meine den hessischen Theil der Main-Weiser Bahn, welche sich auf Grund des nach dem Frieden abgeschlossenen Vertrages in preussischer Staatsverwaltung befindet. Wir sind wegen des Erwerbes dieser Bahn bereits im Jahre 1867 in Verhandlungen getreten und haben uns im Laufe der Zeit immer mehr überzeugt, daß es für beide Theile wünschenswert sei, dem jetzigen Zustande ein Ende zu machen. Daß wir diese Vorlage noch nicht an das Haus gebracht haben, beruht darin, daß die hessische Ständeversammlung sich noch nicht über den Vertrag schlüssig gemacht hat und ich Bedenken tragen muß, eine Vorlage an das Haus zu bringen, bevor wir sicher sind, daß auch der Verkäufer Neigung hat, auf das Geschäft einzugehen.

Ich komme auf die Linie Berlin-Weimar zurück. Es befindet sich zwischen dem Staatsbahnsystem des Ostens und dem des Westens, insofern sich die Richtung nach dem Unterhinein bewegt, eine sehr bedeutende Lücke, so daß der Gedanke sehr nahe liegt, sie durch den Erwerb derjenigen Linien auszufüllen, welche geeignet sind, diese Lücke voll zu ergänzen. Nach meiner Auffassung würde es richtiger gewesen sein, nachdem wir Hannover und Hessen erworben, in die Erörterung einzutreten, wie eine richtige Eisenbahnverbindung mit diesen neuen Landestheilen und zwar für Staatsrechnung herzustellen sein möchte. Ich habe mich damals dafür ausgesprochen, daß man die Linie von Berlin nach Lebrice aus politischen und wirtschaftlichen Gründen schon damals für Staatsrechnung unternehmen hätte. Die Verbindung des östlichen und westlichen Netzes empfiehlt sich aus technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen. Die technischen liegen für jeden Eisenbahnverbindung nahe. Wären die östlichen und westlichen Staats-eisenbahnen in der Hand einer Privat-Eisenbahngesellschaft, so würde ich es ihr durchaus nicht verdenken, wenn sie mit allen Mitteln dahin strebte, diese zwischenliegenden, die Entwicklung und Fruchtbarkeit der Hauptlinien hindernden Glieder in ihre Hand zu bringen. Wirtschaftlich halte ich den Erwerb solcher Bahnen für erwünscht, weil durch Verminderung in den Betriebskosten, Vereinfachung der Organisation, bessere Ausnutzung des vorhandenen Materials sich Vortheile erreichen lassen, die den Finanzen so gut, wie dem Verkehr zu gute kommen. Wenn Sie mich nun fragen: Ja, wie denkt ihr denn mit dem Erwerb solcher Bahnen vorzugehen? — so kann ich auch hier wiederum nicht zu viel sagen, aber unser Gedanke ist der — ob wir ihn verwirklichen werden, weiß ich ja nicht, weil uns bindende Beschlüsse der betreffenden gesetzgebenden Factoren noch nicht vorliegen — daß wir dem schwankenden Credit solcher Gesellschaften den guten Credit des Staates zu einem billigen Preise substituieren in Form einer Rente.

Diese Rente würde nach der Auffassung der Regierung und nach den angestellten Erörterungen nicht allein kein Nachtheil sein für die Staatskasse — und insofern kann ich also diejenigen beschwichtigen, welche aus solcher Erwerbung eine Verminderung der gegenwärtigen Rentabilität der Staatsbahnen befürchten — sondern sie würde bei vollster Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Actionäre im Stande sein, dem Staat dadurch einen Vortheil zuzuführen, daß, wie gesagt, wirtschaftliche Ersparnisse zu machen sind, wenn wir z. B. Doppelbauten, die wir jetzt, wenn das bisherige System bestehen bleibt, in mehr oder minder großem Umfange auf Kosten des Staates und auch der Gesellschaften vornehmen müssen, ersparen können. Wenn Sie sich die Eisenbahnlane ansehen, die ich dem Hause überreicht habe, so werden Sie bei oberflächlicher Prüfung sich sagen müssen: die Entwicklung unseres preussischen Eisenbahnwesens bei Ausbau des Staatsnetzes hat nicht denjenigen Fortgang genommen, den man im Interesse des Landes eigentlich hätte wünschen müssen — ich meine nicht in Bezug auf Zahl und Ausdehnung der Linien, sondern in Bezug auf eine Menge von Linien, die man besser unterlassen hätte, in Bezug auf eine Menge von Bauten, von Anschlußbahnhöfen u. s. w., die man auch besser hätte unterlassen können. (Sehr wahr!) Es ist das ein Grund, weshalb diese unserer Privatgesellschaften augenblicklich unter dem Druck der Zeit doppelt schmerzhaft und wir müssen alles vermeiden, was dazu beiträgt, dieses System des Doppelbetriebs — ich will sagen, dieses Fahrens mit zwei Pferden, wo man mit einem auskommen kann — zu fördern, denn darauf beruht vorzugsweise die Leistungsfähigkeit und auch das Tarifwesen der Eisenbahnen.

Sie werden weiter fragen, wie man sich die Organisation eines so großen Eisenbahnnetzes denken soll? Es ist — ich weiß nicht, auf wessen Veranlassung — in der Presse einmal in den Mund gelegt worden: ich hätte mich dahin ausgesprochen, daß ein Netz von 200 Meilen — ich will dieses Längenmaß einmal gebrauchen — nicht fähig von einer Direction, von einer Centralstelle verwaltet werden könne. Ich nehme Veranlassung, diese Worte, welche in der That von der Unkenntnis der Verhältnisse zeugen, hiermit ausdrücklich zu dementieren. Ich habe Ihnen bereits bei der Staatsberatung mitgeteilt, daß wir darüber nachsinnen, wie wir die gehörige Organisation der Staatsbahnen, nicht im Sinne der Centralisation, nicht über das Maß der für gewisse Gegenstände notwendigen Centralisation hinaus, sondern im Sinne der Decentralisation zu bewirken gedenken. Wir wünschen Behörden zu haben, welche mit den nötigen Competenzen ausgestattet, über ein angemessenes Vertriebsgebiet bestimmen — und das nicht allein, sie sollen in Bezug auf die Maßregeln, die sie im wirtschaftlichen Interesse ergreifen, Zählung behalten mit den Bedürfnissen des Lebens,

sie sollen nicht vom grünen Tisch aus regieren, sondern mit denjenigen Vertretern des Verkehrs, welche bei der Entwicklung des Eisenbahnwesens ein lebhaftes Interesse haben, in Fühlung verbleiben. Sie werden vernommen haben, daß es die Absicht der Regierung ist, einen Wirtschaftsrath einzusetzen. Er ist gestern ein Wirtschaftsrath von Interessenten genannt worden. Interessenten beim Eisenbahnwesen sind wir alle, als Producenten oder Consumenten: einen Wirtschaftsrath zu constituieren, in dem kein Interessent fehlt, ist nach Lage der Dinge nicht möglich, es wird nur darauf ankommen, die Mischung so zu machen, die Auswahl auf solche Männer zu lenken, die mit möglicher Objectivität das Interesse des Verkehrs und das Wohl des Staates ins Auge fassen. Auch ist es nicht die Meinung, diesen Wirtschaftsrath, welcher in bestimmten Fällen gehört werden soll, wirken zu lassen, ohne Beteiligung der übrigen sonst beteiligten Ressortministerien.

Ich habe den Finanzminister, den landwirtschaftlichen und den Kriegsminister erucht, und diesem Ersuchen ist Folge gegeben worden, auch Vertreter ihres Ressorts den Verhandlungen zuzunehmen, damit nicht einseitige Beschlüsse gefaßt, einseitige Gutachten dem Publikum vorgelegt werden. Ich denke mir, daß dieser Wirtschaftsrath, der kürzlich auch im Königreich Württemberg ins Leben getreten ist, entwickelfähig sein kann, und man darf annehmen, daß er im Laufe der Zeit eine gefühlvolle Basis erhält sowohl in Bezug auf seine Zusammensetzung wie auf seine Wirksamkeit. Wir haben in anderen Ländern — ich will geradezu Hannover nennen — eine Einrichtung gehabt, wo Commissarien der Landesverwaltung einen Einblick in den Lauf der Verwaltung erhielten und bei gewissen Tarifmaßregeln um ihre Zustimmung gefragt wurden. Sollten wir inzwischen im Reich nicht so weit kommen, so läßt sich ja denken, daß sich dieser Wirtschaftsrath zu nächst unter Beteiligung von Mitgliedern dieses hohen Hauses wie des anderen Hauses zusammenstellt, um — was für den Minister doch sehr angenehm sein muß — ihm die Verantwortung zu erleichtern, ihm Gutachten zu geben, ihm die Gewissheit zu gewähren, daß er nicht einseitig vom grünen Tisch aus urtheilt. Wenn Jemand das Bedürfnis fühlt, nicht sich die Verantwortlichkeit abnehmen zu lassen, sondern nur vor sich selbst die Ueberzeugung zu haben, daß er das Richtige getroffen hat, so bin ich es. Ihre Commission schlägt Ihnen vor, die Regierung möge absehen vom Erwerb von Vollbahnen und Untersuchungen anstellen über die zweckmäßige Art der Ausführung von Secundärbahnen. Ein solcher Antrag verheißt dem Handelsminister ja eine bei seiner Ueberlastung ganz annehmende Ruhe. Allein Ruhe auf diesem Gebiete ist Rücksicht, deshalb kann ich nicht darauf eingehen. Ich habe bereits in der Commission erklärt, daß von der preussischen Regierung die Initiative ergriffen ist für die Ausarbeitung eines Gesetzes über das Eisenbahnwesen im Reich, über einen Reichseisenbahnrath, einen consultativen Körper, der nach bestimmten Vorschriften des Gesetzes gebildet werden muß, und endlich über einen Gerichtshof, welcher entscheiden soll über Differenzen zwischen Privat- und Staatsbahnen und vielleicht zwischen Staatsbahnen und anderen Ressorts.

Die Sache liegt nicht mehr im Schreibfisch, sie wird an den Bundesrath gelangen mit dem Antrage Preußens, eine Commission für diese wichtige Materie zu bestellen, zusammengefaßt aus den hauptbeteiligten Staaten, welche das Recht hat, Sachverständige zu hören, Gutachten einzulegen, und welcher die von Preußen ausgearbeiteten Entwürfe als Material überwiesen werden. Ich darf annehmen, daß dieser Vorlage die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht fehlen und aus diesen Beratungen ein bestimmtes Resultat zu Tage treten wird. Hoffen wir, daß dieses Resultat ein gutes sei. Jedenfalls wird der Weg, den wir in Preußen beschreiten, wesentlich förderlich sein für die Ordnung des Eisenbahnwesens im Reich, und ich erlaube es als eine meiner Hauptaufgaben, dahin zu wirken, daß das Reich in alle seine verfassungsmäßigen Rechte eingelegt wird. Ich erkläre wiederholt, daß die preussische Regierung nicht daran denkt, sich mit ihrem Staatsbahnsystem, wie groß er auch sei, der vollen Einwirkung des Reiches zu entziehen. (Beifall rechts.) Ich würde damit zugleich das Glück haben, der Ansicht über die Privatbahnen entledigt zu werden. Es ist wiederholt in diesem Hause und, irre ich nicht, auch gestern ausgesprochen, daß es für den Eisenbahnminister außerordentlich schwierig ist, nicht nach beiden Seiten anzuklopfen. Das ist eine Folge des gegenwärtigen Systems. Seitens der Privatbahnen tritt mir Mißtrauen entgegen, wo ich es nicht erwartet habe, wo ich bestrebt bin, ihnen klar zu machen, daß ich nicht vollkommen als Minister, nicht bloß für die Staatsbahnen, sondern auch für die Privatbahnen fühle, daß ich glaube darauf halten zu müssen, daß, so lange Privatbahnen existieren, ihnen ihr Rechte auch nicht verkümmert werden. Ich habe den Beweis geliefert, und könnte dies auch heute, daß ich eine widernatürliche Concurrenz der Staatsbahnen gegen die Privatbahnen nicht will. Allerdings gebe ich nicht so weit, daß ich nun auch dazu meine Zustimmung gebe, nicht im Interesse des Verkehrs, sondern im Interesse der Finanzen der Privatbahnen, Abteilungen des Verkehrs von der natürlichen Staatsbahnroute auf Privatbahnlinien zuzulassen, denn das wäre eine Staatsunterstützung für die Privatbahnen, die ich nicht billigen könnte, und wie ich hoffe, auch die Mehrheit des Hauses nicht.

Die Vorbereitungen, die wir getroffen hatten, um mit einer ausführlichen Vorlage an das Haus zu treten, sind bisher zu meinem Bedauern nicht so weit gefördert, daß dies in dieser Session besonders bei deren vorgerücktem Stande, noch möglich wäre. Ich kann nur wiederholen, daß es mißlich ist, sich jetzt schon über den Ausgang der schwebenden Verhandlungen zu äußern. Die Ansichten darüber, was vorteilhaft oder nicht vorteilhaft ist, gehen ja auseinander, und wir werden abwarten müssen, wie weit das der Fall sein wird. An diese Vorlage hätte sich eine andere über die Ausführung und Subventionierung verschiedener Secundärbahnlinien geknüpft, die wir für den Ausbau des jetzigen Eisenbahnnetzes zur Wohlfahrt des Landes für erforderlich erachten; wir glauben, hoffen zu dürfen, daß aus den Mitteln, welche uns noch zu Gebote stehen, aus Ersparnissen und ebenso aus den Mitteln, welche der Staat durch den Erwerb der Privatbahnen erwerben würde, es uns gelingen wird, das Secundärbahnwesen in Preußen erheblich zu fördern, sei es, indem sich Linien für die anderen Unternehmer mit Rücksicht auf die geringe Leistungsfähigkeit der betreffenden Landestheile nicht finden, sei es, daß wir eine Subvention an Privatunternehmer gewähren, die es den Interessenten möglich macht, diese Secundärbahnen auszuführen.

Ich darf gleich hier hinzufügen: wir sind in Bezug auf die Entwicklung unseres Vollbahnnetzes vielleicht am Ende, die Speculation ist erschöpft, aber wir stehen erst am Anfang mit der Ausführung derjenigen Linien, welche ich als Saugadern der Vollbahnlinien bezeichnen möchte. Die aus allen Theilen des Landes nicht bloß an mich, sondern schon an meinen Vorgänger in großer Menge gelangten Anträge beweisen mir, wie sehr das Land das Bedürfnis hat, solcher Verkehrswege theilhaftig zu werden. Wir haben uns bemüht, uns mit den Ressorts des Reichs, mit der Post- und Telegraphenverwaltung und mit der Militärverwaltung über die Erleichterungen zu verständigen, welche wir zur Förderung dieses Secundärbahnwesens glauben in Anspruch nehmen zu müssen. Diese Verständigung ist gelungen, wir haben eine feste Basis für die Zukunft gewonnen, und ich hoffe, daß es möglich sein wird, uns nach festen Principien dem Secundärbahnwesen gegenüberzustellen und die Sache gefühlvoll zu ordnen.

Wenn die Regierung auspricht, daß sie sich in dem vorhin angedeuteten Sinne dem Staatsbahnsystem zuwendet, so befindet sie sich, wie ich glaube, im Einklang mit den besten Traditionen der preussischen Verwaltung, mit dem ganzen bisherigen Gange der Gesetzgebung, mit der Entwicklung des Eisenbahnwesens und auch mit der Geschichte dieses hohen Hauses selbst. Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick auf den Verlauf der Entwicklung unseres Eisenbahnwesens in Bezug auf die Gesetzgebung. Das Gesetz vom Jahre 1838 hat sich lediglich über den Bau und Betrieb der Privatbahnen ausgesprochen. Allein, obgleich unser Vorbild England den Gedanken, daß die Bahnen in bestimmter Zeit an den Staat überzuführen seien, nicht hatte, hat man es doch damals in dem Gesetz von 1838 ausdrücklich ausgesprochen, daß die Rückkehr zum Staatsbahnsystem eigentlich das richtige sein würde. Zu dem Zweck hat man nicht bloß dem Staat das Ankaufsrecht der Eisenbahnen unter gewissen Bedingungen vorbehalten, sondern man hat auch die Amortisation der Eisenbahnnactien und zwar unter Veruzung einer von ihnen selbst aufzubringenden Abgabe vor-

behalten. Man hat dann weiter gesagt, daß nach vollendeter Amortisation der Eisenbahnen den Eisenbahnunternehmungen, die man als öffentliche Straßen schon damals anfang, eine solche Einrichtung gegeben werden solle, daß lediglich die Transportkosten gedeckt würden. Man hat damals auch wohl an das gedacht, was in anderen Ländern des Continents geschah, wo die Concession bekanntlich nur auf Zeit, auf 80—90 Jahre verliehen wurde mit der Bedingung, daß nach Ablauf dieser Frist die Eisenbahnen in das volle unbelastete Eigentum des Staates übergehen sollten, und es ist das auch als eine in früheren Jahren wiederholt betonte ernste Eventualität bezeichnet worden, daß nach einem bestimmten Zeitlauf unsere Nachbarstaaten ihre Eisenbahnen voll und unbelastet übernehmen und in der Lage sein würden, den Anstehenden die angelegte Transporteinrichtung zu treffen, ohne dafür irgendwelche erhebliche größere Entschädigungen, als der Transportbetrieb selbst erfordert, fordern zu müssen.

Damals — der Minister v. d. Seydt hat wiederholt darauf hingewiesen, wurde anerkannt, daß man sich die Situation vergegenwärtigen möge, wie es in Preußen aussehen würde, wenn alle Staaten um uns herum unentgeltlich erworbene Staatsbahnen hätten, während Preußen noch Actienunternehmungen, die auf Dividenden sehen müßten, besäße. Es ist im Jahre 1847 zuerst dem vereinigten Landtage eine Vorlage über den Bau der Ostbahn gemacht worden, zu welcher Privatunternehmer sich nicht fanden, weil man damals glaubte, sie würde nicht einmal die Betriebskosten aufbringen. Im Jahre 1848 wurde Seitens des wahrlich vorsichtigen Finanzministers Hansemann ein Antrag an die höchste Stelle gerichtet auf Ermächtigung zum Ankauf der Privatbahnen. Es hat nach jener Zeit der damalige Handelsminister Milde mir persönlich eine Denkschrift übergeben, welche zur Motivierung dieses Ankaufes diente: Sie werden ihn nach seiner späteren parlamentarischen Thätigkeit nicht in Verdacht haben, daß er sich zu etwas bekannt, was seiner Ueberzeugung nicht entsprach; in dieser Denkschrift ist mit dürren Worten ausgesprochen, Preußen müsse die Conjunction benutzen und sich in den Besitz dieser großen Verkehrsstraßen setzen. Im Jahre 1853 wurde der Gedanke betreffs der Amortisation der Eisenbahnen durch das Gesetz vom Mai in's Leben geführt. Die Amortisation schritt stetig fort. Leider ist im Jahre 1859 unter dem Druck einer kriegerischen Eventualität dieser Weg verlassen, um die Mittel für die Verzinsung einer Militäranleihe zu gewinnen. Wäre das nicht geschehen, und darin stimme ich mit dem Abg. Lasker, der dieser Ueberzeugung wiederholt Ausdruck gegeben hat, überein, so würden wir schon sehr viel weiter sein. Im Jahre 1867 ist es verjährt worden, die glückliche Constellation der Verhältnisse zu benutzen, um das Staatsbahnsystem durch eine angemessene Verbindung mit dem Westen zu ergänzen. Auf die Periode von 1867 bis 72 folgt bekanntlich eine Zeit, die ich zum Theil wenigstens aus der Geschichte unseres Eisenbahnwesens ausgemerzt haben möchte. (Sehr richtig.)

Sie hat ihren Abschluß in dem Berichte der Untersuchungs-Commission gefunden, welcher ja hervorragende Mitglieder dieses Hauses angehört haben und welche einen tiefen Einblick darin gewonnen hat, wie es bei der Gründung mancher Privat-Eisenbahnen zugegangen ist und welche dem einen Ausdruck in folgender Stelle des Berichtes gegeben hat: „Die Commission ist nicht zweifelhaft gewesen, daß diese Frage (ob der Eisenbahnbau lediglich dem Staate vorbehalten und Privat-Unternehmungen principiell auszuschließen seien) in Uebereinstimmung mit dem Gutachten aller Sachverständigen dahin zu beantworten, daß der ausschließlich Staatseisenbahnbau für die Gegenwart unumkehrbar erscheint. Sie hat sich jedoch der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß bei der Ausdehnung und Ausbildung des Eisenbahnwesens, wie sie in neuerer Zeit schon eingetreten ist und sich von der Zukunft immer mehr erwarten läßt, volkswirtschaftliche Rücksichten und Gründe auf die Vereinigung aller Eisenbahnen in den Händen des Staates als letztes Ziel hinführen. Die Eisenbahnen sind öffentliche Transportanstalten und stehen ihrem Wesen und Zwecke nach den Landstraßen gleich. Nur zwingende finanzielle Gründe haben diesen Standpunkt verrückt und den Bau wie die Erhaltung der Eisenbahnen aus der Hand des Staates genommen und der Speculation und Industrie übergeben. So erfolgreich dies auch in mannigfacher Beziehung auf den Eisenbahnbau gewirkt hat, so dürfte es sich doch als eine volkswirtschaftliche Anforderung an die Zukunft bezeichnen lassen, daß sie das dem Wesen und Zweck der Eisenbahnen allein entsprechende Verhältnis vertritt, nach welchem ebenso, wie dies bereits bei den Chaussees der Fall ist, nicht mehr die Frage Zinsgewinn bringender Rentabilität, sondern unabhängig davon das Bedürfnis des öffentlichen Verkehrs entscheidend in den Vordergrund tritt, und nur insoweit, als nach Genügung und ohne Gefährdung desselben die Speculation zugelassen werden kann, dieselbe ihren Antheil an dem Unternehmen behält und überkommt, wie dies bezüglich des Transport- und Beförderungswesens nicht bebenklich sein, vielmehr principiell notwendig werden dürfte.“

Die Commission erachtet es daher für wünschenswerth, daß die Staatsregierung fortgesetzt die Möglichkeit der Erreichung jenes Zieles im Auge behält und von vornherein Bestimmungen trifft, welche dieselben vorbereiten und erleichtern.“ Nun sind Bedenken verschiedener Art ausgesprochen worden, wenn auch vielleicht nicht gerade gegen das Princip, so doch gegen die Opportunität. Man sagt: sind denn die jetzigen Zeiten für solche großen Unternehmungen geeignet, ist nicht die wirtschaftliche, die finanzielle Lage des Landes so, daß wir absehen sollten von allen weiteren Engagements? Die Staatsregierung ist nicht dieser Meinung, denn wenn wir etwas notwendig haben, so ist es eine Verbesserung unseres Eisenbahntransportwesens; unsere Industrie, unsere Production bedarf, um concurrenzfähig zu sein, billiger und gut eingerichteter Transportwege, und da gerade kann die Erweiterung des Staatsbahnsystems ganz außerordentlich nützliche Dienste leisten. Diese Zusammenfassung wird es uns möglich machen, für die Zukunft — ich will nicht zu viel Erwartungen erwecken, denn ein Eisenbahn-Paradies können wir auch dann nicht schaffen — doch Einrichtungen zu treffen, welche den Verkehr durch billige und gut eingerichtete Transportwege erleichtern. Sie sagen nun, die bisherigen Finanzresultate sind doch zu betrübend, sie enthalten eine Belastung der Steuerzahler. Ihre Commission hat ausgerechnet, daß die Staatsbahnen in der vollen Ausdehnung sich nur mit 3,18 Procent verzinsen. Diese Berechnung kann ich nicht anerkennen. Es ist das buchmäßige Capital zu Grunde gelegt, nicht das zinspflichtige Capital; denn Sie würden sonst sehen, daß das zu Grunde gelegte Capital die gesammte zinspflichtige Staatsschuld übersteigt. Nach meiner Berechnung beträgt der gesammte Ueberschuß der Staatsbahnen von 1852 bis 1877/78 nach Abzug der Zinsen, der Tilgungsquoten (102,000,000 M.), der Meliorationskosten (96,000,000 M.) noch über 140,000,000 M., das ist doch kein so ables Resultat.

Ich will noch eine andere Berechnung aufmachen, welche die Summen enthält, die 1873 bis 1877/78 für das Eisenbahnwesen im Ganzen zur Verwendung gekommen sind, ich meine an Zinsen, Amortisationen, Subventionen von Privatbahnen auf der einen Seite, auf der anderen die Ueberschüsse der Staats- und garantirten Privatbahnen, danach verbleibt immer noch ein Ueberschuß von 235,000,000 M. Eine Hauptursache, daß die Berechnung von derjenigen abweicht, welche in der Budgetcommission angestellt worden ist, dürfte darin liegen, daß die Amortisation, also die Entlastung des Staates von Schulden, die er für das Eisenbahnwesen gemacht hat und die sich auf 102 Millionen Mark belaufen, nicht in Betracht gezogen ist, daß ferner die Meliorationen nicht in Betracht gezogen sind, endlich auch dasjenige, was aus der Kriegskontribution amortisirt worden ist, welche uns die Tapferkeit unserer Armee eingebracht hat, endlich ein Posten, der eigentlich nicht für die Eisenbahnen bestimmt war, sondern andern Zwecken gedient hat, eine Summe von 12 Millionen, welche für die Regulirung der Weichsel und Nogat ausgegeben worden ist. Ich meine, wenn Sie die Gesamtsumme, welche auf diese Weise in Abführung gekommen ist, auch die Kriegskontribution, mit practer propter 4 1/2 Procent verzinsen, dann würde das allerdings auf ein ungünstiges Resultat hinauskommen. Aber war denn die Anlage der Kriegskontribution in Staatseisenbahnen etwa eine schlechte? Wenn wir aus ihr Nutzen hergeleitet haben und noch herstellen, welche das Land melioriren, die Steuerkraft heben und die Vertheidigungsfähigkeit des Landes bessern, haben wir dann die Kriegskontribution schlecht angewendet? Ich glaube, wir hätten kaum einen besseren Zweck finden können. (Sehr richtig! Beifall.)

Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß wir eine Vermehrung unseres Staatsbahnsystems im Betrieb von beinahe 200 Meilen bekommen haben, von denen der kleinste Theil in nächster Zeit eine Rente in Aussicht stellt. Wir haben übernehmen müssen die Pommerische Centralbahn, um nicht Trümmer und Ruinen entstehen zu lassen; ebenso die Nordbahn. Wir haben Bahnen in Ostpreußen gebaut: Tilsit-Memel, Thorn-Jüterbog, Laskowitz-Zablenowo, alles Bahnen, die nicht entfernt ihre Zinsen aufbringen werden. Aber die Regierung bereit das trotzdem nicht und ich hoffe, auch das Haus, denn das ist ja eben der Nutzen der Staatsbahnen, daß sie im Stande sind, die schlechten Linien auf die guten zu übertragen. Es wird diese Erfahrung die Regierung nicht abhalten, auch in Zukunft den nothleidenden Provinzen, und ich rechne dazu ganz besonders die östlichen, auf ähnliche Weise zu Hilfe zu kommen und mit entsprechenden Vorlagen an das Haus zu treten. (Beifall.) Haben wir denn überhaupt eine Staatsbahn in Angriff genommen, um damit ein Geschäft oder eine Speculation zu machen? Mit nichten! Der Zweck ist der, das Land zu melio-

riren, die Steuerkraft zu heben; und wenn man rechnet, was der Staat an Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mehr bekommt dadurch, daß wir Staatsbahnen erhalten haben, dann wird sich leicht das compensiren lassen, was man als angeblichen Zuschuß der Steuerzahler herausrechnet. (Sehr wahr! rechts.) Fragt man denn bei den Häfen, Strömen, Chaussees, bei der Post nach einer Rentabilität? Wenn man das thun will, dann sind wir längst theoretisch bankrott.

Lassen Sie mich noch einige Worte über ein System sprechen, welches unter allen als Banacee für das Eisenbahnwesen gepriesen worden ist: das sog. gemischte System. Ich kann nicht leugnen, daß ich immer das Gefühl gehabt habe, daß wenn man das gemischte System anpreist, man eigentlich das Privateisenbahnsystem anpreisen wollte. Es ist ja ganz unermesslich, daß, wenn man sich denkt, es solle neben einer Staatsbahn eine Privatbahn den Betrieb führen, oder umgekehrt, dann die Mittel vergeudet werden. Wir werden durch diese unglückliche Zersplitterung des deutschen Eisenbahnwesens in zahllose Unternehmungen gezogen, in eine so große Menge selbstständiger Wirtschaftskörper, die ihre Directionen, — Privat- und königliche Directionen, — die erziehen mit sehr ausgebildeten und weit ausgedehnten Befugnissen an der Spitze haben, daß dieselben zu einer großen Vergeudung des Capitals führen müssen. Nehmen Sie zu den durch diese Zersplitterung weit über das Bedürfnis gesteigerten Kosten der Anschlußbahnhöfe und des gesammten Betriebsapparates den ganzen Lurus, den ein vollständig eingerichteter Hofstaat einer Privatdirection erfordert (Sehr wahr!), daß dieser Lurus unseren Transportinteressen und dem Verkehr die Mittel entzieht für billige und gute Transporteinrichtungen; nehmen Sie dann hinzu, daß der Staat in die able Lage kommt, bei einem solchen Concurrenzsystem entweder die Privatbahnen zu drücken und darüber entsteht großer Lärm, oder aber seine Pflicht, den Betrieb auf so billige Weise zu führen, als es ihm möglich, um dem Verkehr entgegenzukommen, verlegt. Das Verhältniß für einen Minister, der beide Seiten zu überwachen hat, ist ein überaus schwieriges und ich gestehe, daß, seitdem ich dieses Amt verwalte, ich die Ueberzeugung habe gewinnen müssen, daß dieses Verhältniß auf die Dauer absolut unhaltbar sein wird. (Sehr richtig.) Wenn man also dazu kommt, zu verlangen, daß der Staatsverkehr abgehen soll, damit die Privatbahnen aufrecht bleiben, daß der Staat die Leistungen, die er wirklich ausführen kann, nicht ausführen soll, damit den Privatbahnen nicht der Verkehr entzogen und die Hoffnung ihrer Actionaire auf Dividenden beeinträchtigt werde, in welche Lage sehen Sie da einen Minister, der darüber entscheiden soll, was beiden Seiten gerecht und billig ist. Man hat uns gesagt, das gemischte System ist kein System, es ist nur eine Mischung der Systeme.

Es kann ein Staatsbahnsystem und Privateisenbahnsystem nicht bestehen und beide neben einander denselben Interessen dienen, dieselben Linien beherrschen; das ist auf die Dauer nach meiner Auffassung unmöglich. (Sehr wahr!) Wie gestaltet sich denn nun auch gegenwärtig unser Tarifsystem? Wir haben ja eine Vereinfachung und Verminderung unserer Tarife in Folge der Beschlüsse der früheren Jahre herbeigeführt. Trotzdem ist dasselbe noch nicht sehr weit gediehen, einfach in Folge der Nothwendigkeit, den individuellen Interessen der einzelnen Unternehmungen Rechnung zu tragen und diese individuellen Interessen der Unternehmungen, so lange sie als solche bestehen, haben Anspruch auf Berücksichtigung. Wir würden ja, wenn wir in Zukunft ein ausgebildetes Staatsbahnsystem besitzen, in der Lage sein, zu bestimmen, daß die Transporte, ich meine den Güterverkehr, über die kürzeste und leistungsfähigste Route sich bewegen. Sie können sich doch denken, daß auf einer längeren doppelgleisigen Route mit Nacht-dienst ein Transport sich billiger bemessen läßt, als auf einer kürzeren Linie, wenn sie nur eingleisig und ohne Nachtverkehr ist. Dann hat der Staat es in der Hand, den Verkehr über diejenige Route zu lenken, auf welcher er am vorteilhaftesten für seine Oekonomie und den Verkehr selbst bemessen werden kann. (Sehr richtig.) Sie würden es doch trübsal finden, wenn man der Post zumuthet, sie solle einen Brief, den Sie von hier nach Frankfurt a. M. schicken wollen, über Kassel oder Fulda dirigiren. Die Post wird Ihnen antworten: Es kann Ihnen ja gleichgültig sein, wir werden den Brief in der aller kürzesten Frist nach Frankfurt für daselbe Porto besorgen. Ähnlich würde sich bei richtiger Gruppierung des Eisenbahnwesens auch dieser Dienstzweig wohl gestalten lassen.

Das Nebeneinanderbestehen von Staats- und Privatbahnen für dieselben Interessen hat sich ja auch in anderen Ländern nicht bewährt, ich erinnere Sie nur an Bayern. Bayern hatte in dem rechtsrheinischen Theil bekanntlich neben sehr ausgebildeten Staatsbahnen auch noch eine große Privatbahn, die bayerische Nitabahn, die der Staatsbahn eine nicht unerhebliche Concurrenz bereite. Man überzeugte sich, daß dies System nicht haltbar sei und ging dazu über, die Eisenbahn zu kaufen und ich glaube, ebenso wird es auch bei uns werden. In Sachsen hat man sich unter dem Einfluß der Befürchtung, daß das Reichseisenbahnproject hervorrufe, entschlossen, sehr rasch die noch vorhandenen Privatbahnen zu kaufen. Ich glaube, daß auch heute noch nicht, ganz abgesehen von diesen Besorgnissen, die sächsische Bevölkerung sich damit würde einverstanden erklären können, die erworbenen Privatbahnen wieder in das Privateigentum zurückzuführen. Soviel ich höre, ist man im Allgemeinen dort recht zufrieden mit den Resultaten, auch den finanziellen; daselbe werden Sie, was den Verkehr und die Organisation im Allgemeinen angeht, von Württemberg, Baden und Oldenburg hören, und doch sind die Staaten ja nicht überall so leistungsfähig, wie wir. Es war mir überraschend, in der sächsischen Presse die Empfehlung zu bekommen, für Preußen nicht auf den Erwerb der Privatbahnen bedacht zu nehmen, während man den guten Erfolg der Procedure auf sächsischem Gebiet preist. Ich kann das nur einem gewissen particularistischen Zuge zuschreiben, der ja — ich kann es nicht verhehlen — in dem Privatbahnsystem eine gewisse Unterstützung findet. Ich habe bereits erwähnt, daß wir noch das Bedürfnis haben, eine Menge von Bahnen zu bauen, und je nachdem es unsere Finanzverhältnisse und die sonstigen Bedürfnisse mit sich bringen, Secundär-Bahnen zu unterstützen, und zwar aus dem wohlwollensten Sinne, den auch die Budgetcommission in ihre vorgelegene Resolution gelegt hat. Aber das ist nach meiner aufrichtigen Ueberzeugung unausführbar, ohne daß wir zugleich auf dem Gebiete der Consolidation unseres Staatsbahngesetzes kräftig vorgehen.

Ein anderer Grund daran zu denken, unser Eisenbahnwesen auszubilden, ist der, daß von den Privatbahnen eine erhebliche Erweiterung unseres Eisenbahnwesens nicht zu erwarten ist. Wie wollen diese das Capital zu selbstständigen Unternehmungen anschaffen? Die Stammactien stehen unter Vari, eine Vermehrung ist nicht denkbar, und selbst bei solchen Unternehmungen, welche den Parcours um etwas überschritten haben, wird immerhin die Aussicht, daß eine Vermehrung des Stammactien Capitals eintreten könnte, nur lähmend wirken. Auch die Menge der Prioritätsobligationen ist bei sehr vielen Unternehmungen an der Grenze des für den Credit dieser wichtigen Papiere selbst Zulässigen angelangt. Gewiß giebt es noch einzelne Unternehmungen, die sich die Entwicklung des Eisenbahnwesens angelegen sein lassen und, wie ich dankbar anerkenne, im Interesse des Landes. Indessen ruhen auf ihnen so große Verpflichtungen, daß wir nur mit aller Schonung werden vorgehen dürfen, um die Ausführung der concessionsirten Linien von ihnen zu verlangen. Ich bitte Sie demnach auf's Dringendste, für welche Resolution Sie sich auch entscheiden mögen, daß Sie sich in einem Sinne aussprechen, der für uns, für die Regierung ermuthigend ist auf dem beschrittenen Wege, daß Sie uns vor der, ich kann sagen, Calamität bewahren, von dem Wege, der nun einmal mit Ihrer Zustimmung betreten ist, wiederum auf einen anderen einzulenken. Es ist ja das ein Uebelstand, daß in der preussischen Eisenbahnpolitik wiederholt ein Schwanken vielleicht bemerkbar gewesen; dieses Schwanken dürfen wir nicht weiter fortsetzen, wir schädigen damit das Land. Will die Majorität dieses Hauses gegen ihre Ansicht von 1876 eine Schwenkung machen, die Regierung macht sie nicht mit. Für mich würde ja nur der Gedanke tröstlich sein, daß ich wenigstens das Gute erreicht habe, daß ich mir bewußt bin, was ich will, und daß ich mich schließlich mit dem Worte trösten kann: In magnis voluisse sat est. (Lebhafter Beifall von verschiedenen Seiten des Hauses.)

Abg. Lasker: Der durchdrachte und lichtvolle Vortrag des Handelsministers hat so viele Punkte angeregt, daß ich nicht auf alle eingehen kann. Ich habe auf die Debatten im Hause mehr Werth gelegt, als auf die Fassung der Resolutionen, weil es mehr darauf ankommt, daß die Regierung mit den im Hause verbreiteten Ansichten Fühlung gewinnt und daß wir die Absichten der Regierung kennen lernen; denn nur bei bestimmten Vorlagen ist es möglich, festzustellen, welches System befolgt werden soll. Bei der Berechnung, ob die Eisenbahnen 4 1/2 Procent oder mehr oder weniger bringen, bin ich nicht sehr interessiert. Ich will nicht leichtfertig von den finanziellen Erfolgen der Eisenbahnen sprechen; aber ein großer Eisenbahncomplex schließt so viele Momente, wirtschaftliche und staatliche, in sich, daß eine allgemeine Rechnung mit Nutzen nicht aufgemacht werden kann. Ich erkenne nur eine Grenze an; der Staat darf sich nicht in das Eisenbahnwesen so vertiefen, daß er Aufgabungen bringender Art vernachlässigt; die Productivität der Eisenbahnen muß also soweit gewahrt bleiben, daß sie nicht unsere gesammten Finanzen vernichtet. Gerade von unseren lieben Nachbarn (den Fortschritt) sind die Eisenbahnen befürwortet worden, welche mit einem Passivum in der Rechnung stehen; und zwar weil die östlichen Provinzen, welche Eisenbahnen brauchten, liberal gewählt

haben. Von Ertragsüberschüssen ist bei dieser Bahn keine Rede, die bestrebendsten Abgeordneten vertreten aber ein legitimes Interesse, welches die Conserativen ebenso vertreten hätten, denn dieser Ansehenspunkt konnte unmöglich in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleiben. Das Haus wird gut thun, bei jeder einzelnen Bahn auch die Rentabilität zu prüfen; für die Vergangenheit dürfte ein Nutzen daraus nicht erwachsen. Die Tendenz unserer Resolution ist, daß durchaus eine Verständigung zwischen Regierung und Landesvertretung stattfinden muß, ehe wir mit erheblichen Schritten nach der einen oder anderen Seite vorgehen.

Der Handelsminister hat ausgeführt, daß Preußen zu seinem Schaden in seiner Eisenbahnpolitik nicht bloß geschwächt, sondern geradezu die verkehrtesten Wege eingeschlagen hat. Von 1859 ab kam eine Politik, die nicht recht entschieden war, dann wurden die Eisenbahnangelegenheiten in den allgemeinen Conflict verwickelt; das Allerunseligste war die Eisenbahnpolitik des Grafen Jänenpliz, der zum Theil unter dem Beifall des Hauses eine wahrhaft anarchische Eisenbahnpolitik getrieben und mehrfach geäußert hat: „Ein System habe ich gar nicht, ich nehme die Eisenbahnen, woher ich sie bekomme, Staatsbahnen und Concurrenzbahnen auf derselben Linie, denn Eisenbahnen machen das Land reich.“ Jetzt steht der praktische Mann an der Spitze des Ministeriums es zu, und nicht wenig wird dem zu widersprechen wagen, daß diese sogenannte Gelegenheitspolitik verderblich für Preußen war. Lernen wir aus der Vergangenheit! — Der Minister hat auf den Bericht der Eisenbahncommission verwiesen, bei dem ich erheblich betheilig gewesen bin; ich habe mich eines Sachels nicht enthalten können, als neulich ein Mitglied dieses Hauses die Enquete dieser Commission für die unfruchtbarste erklärte — an sensationellem Geschrei vielleicht, aber nicht an der Befriedigung der Folgen, wobei eine planlose Eisenbahnpolitik führt. Die Untersuchungen dieser Commission haben den Durchbruch des Staatsbahnsystems wesentlich gefördert. Haben wir denn jemals gelernt, daß zur Verhütung für das Land ein vertrauensvolles Uebereinkommen zwischen Regierung und Landesvertretung herrschen muß? Keineswegs! Jede Eisenbahnvorlage war ein Kriegszug von der Regierung gegen einen Theil dieses Hauses und zwischen beiden Theilen des Hauses, und die Stimmen haben so geschwankt, daß eine einzige Stimme Majorität entschieden hat. Der ewige Streit darüber, ob wir bei einer einzelnen Vorlage dem Staats- oder Privatbahnsystem folgen und uns daher für oder gegen eine Vorlage entscheiden sollen, muß aufhören; denn es hängt ja dabei vom Zufall ab, ob eine Vorlage die Majorität gewinnt.

Kommt es zu einer Verständigung der Regierung mit diesem Hause nicht, wer bürgt uns dafür, daß nicht an die Stelle des jetzigen Systems ein anderes tritt, welches uns an einem Tage die Mühe vieler Jahre gerade so zerstört, wie wir es 1859 erlebt haben. Ich, der in diesem Hause vielleicht mit zu den ältesten Mitgliedern zähle, die hier ausdrücklich und öffentlich das Staatsbahnsystem vertreten haben noch vor der Krisis, die durch den Abgang des Ministers Grafen Jänenpliz herbeigeführt worden ist, ich bin häufig in der Lage gewesen, gegen die uns eingebrachten Vorlagen zu stimmen, lediglich weil ich nicht bei den einzelnen Vorlagen schrittweise ins Dunkel hineingezogen werden wollte, ohne die Pläne der Regierung im Ganzen zu übersehen. Würde ich mich heute materiell zu entscheiden haben, so würde ich mich individuell dahin erklären, daß mir das System, welches heute der Herr Handelsminister entwickelt hat, als das in dieser Zeit zutreffende erscheint, und zwar im Gegensatz zu dem, was der Abg. Nasse gestern ausgesprochen hat, indem er eine schwere Last auf den Staat gegen die Eisenbahnpolitik des früheren Handelsministers, daß der Staat suchen solle, sich in den Besitz dominirender Linien zu setzen und namentlich den Osten mit dem Westen durch durchgehende Linien zu verbinden. — Ich war erfreut, aus den heutigen Ausführungen des Herrn Handelsministers zu hören, daß er hierin lediglich der Fortsetzung der Politik seines Amtsvorgängers sein will, denn der von dem Abg. Nasse getadelte Grundpaß paßt wirklich als Grundlage derjenigen Rede, die wir heute gehört haben. Der Eifer des Abg. Nasse ist der Ueberschreitung der Neubelehrten. (Unruhe.) Herr Nasse ist ein Anhänger des unbedingten Staatsbahnsystems von jüngerem Datum, er wirft jede Mittelentwicklung gänzlich fort und erklärt, einzig richtig sei die Verstaatlichung des ganzen Eisenbahnwesens. Aber ist dieser Vorschlag praktisch und ist es möglich, ihn in der nächsten Zeit zu verwirklichen? Auch ich meine, daß dem Principe nach alle Eisenbahnen nicht bloß dem Staate gehören, sondern daß sie eine öffentliche Angelegenheit sind, und das ist etwas Anderes als das Staatsbahnsystem. Im Laufe der Zeit werden wir mit dem Staatsbahnsystem dieselben Erfahrungen machen, wie mit den Chaussees, daß der Staat nämlich einen Theil dieses Eisenbahnwesens an die untergeordneten kommunalen Abschnitte entweder zur Verwaltung oder als Eigentum abtreten werde. (Widerpruch.)

Das ist der nächste Weg, den Sie selbst andeuten, denn wenn Sie an die Ausbildung des Systems der Zufuhrbahnen kommen, meinen Sie, daß der Staat das Eigentum übernehmen wird, oder sind Sie nicht der Meinung, daß das Communalwesen selbstständig eingreifen muß? Wir müssen aber Mäßigkeit nehmen auf die geschichtliche Entwicklung des Landes und können heute nicht mit einem Plan auftreten, um sämtliche Privateisenbahnen an den Staat zu bringen, weil wir dadurch die Finanzen des Landes auf das Unmöglichkeit verwerfen würden. Wir müssen deswegen einen begrenzten Plan vor uns haben. Nun will unser Antrag zunächst, daß die Regierung die Zielpunkte vorlegen soll, welche sie bei der Entwicklung des Eisenbahnwesens verfolgt. In dieser Beziehung hat der Handelsminister heute bereits ein Bild gegeben; wir haben, was die Ziele betrifft, vorläufig und bis zum nächsten Jahre genug gehört, denn er hat entwickelt, daß, was er in Aussicht nehme, der Erwerb von noch 12,000 Kilometer Eisenbahn sei. Wenn hier noch geheim gehalten wird, um welche Bahnen in Verhandlung getreten werden solle, weil etwa sonst der Preis in die Höhe getrieben werden könne, so glaube ich, kann das nur eine Täuschung sein für solche, die keine Einsicht in unsere Eisenbahnkarte haben. Jeder eisenbahnkundige Mann wird wohl genau wissen, welche Bahnen hinsichtlich des Aufbaus in Betracht kommen. Was an Geheimniß vorhanden war, ist heute bereits an die Glorie gebracht; ich meine auch nicht, daß man dieses Princip eines klugen Privathandels, um es nicht mit dem Namen „Schacher“ zu belegen, auch auf diejenigen Operationen anzuwenden hat, die der Staat vollziehen soll. Diese Geheimnisthämerei, um etwas billiger den Eisenbahnen ihr Vermögensobject abzujaufen, halte ich gar nicht für berechtigt; und andererseits ist die Auffassung ausgeschlossen, daß etwa die Bahnen im Stande wären, in Folge dessen einen illoyalen Preis zu fordern, da der Staat nicht gezwungen ist, eine Eisenbahn heute oder morgen zu erwerben, sondern mit den Gesellschaften so lange verhandeln kann, bis sie einen angemessenen Preis annehmen.

Aber die Regierung wird sich auch nicht entschlagen können, mit den Vorlagen, die sie uns im künftigen Jahre macht, auch die Grundsätze vorzulegen und eine Verständigung herbeizuführen über die Interessen, welche bei der Eisenbahnverwaltung in Frage kommen. Die Tariffrage tritt sofort an die Spitze. Zu meiner Verwunderung habe ich gestern den Satz aufstellen hören, das Tarifwesen sei seiner Regelung im Wege der Gesetzgebung fähig. Die einzelnen Tarifpositionen können freilich nicht im Wege der Gesetzgebung abgeändert werden; aber wenn der Plan in Betracht kommt, gesetzlich solche Vorkehrungen zu treffen, daß die Herrschaft über den Tarif nicht mehr im Wege der einseitigen Verfügung dem Handelsminister und der Verwaltung verbleibt, dann glaube ich, haben wir einen sehr legitimen Gegenstand der Gesetzgebung vor uns. Der heutige Zustand ist unerblicklich. Wir haben erlebt, daß Bahnen die Tarifpolitik benutzt haben, um bestimmte wirtschaftliche Erfolge zu erzielen, und damit in der That die innere wirtschaftliche Production durch eine irrationelle Abmessung der Differentialtarife geschädigt haben. Aber ist nicht andererseits von der Regierung eine vollständig gleichartige Politik befolgt worden? Hat sie nicht auch mit Tarifpositionen einzuwirken gesucht, um eine Correctur in den wirtschaftlichen Verhältnissen herbeizuführen? Ob diese Correctur zur Zeit richtig vorgenommen ist oder falsch, lasse ich dahingestellt sein. Aber wir können unmöglich 2 1/2 Milliarden Staatsvermögen in Eisenbahnen engagiren lassen und die Herrschaft darüber lediglich der Decretir überlassen, und zwar ausgestattet mit der Macht, daß sie im Stande ist, diejenigen Zollfranken zu errichten, welche im Wege der Gesetzgebung und Zolltarifpolitik nicht zu erreichen gewesen wären. (Sehr richtig!)

Es ist eine wichtige Politik der Landesvertretung, nicht eher die Ausdehnung des Staatsbahnsystems zu bewilligen, bis sie gleichzeitig die genügenden Garantien dafür erlangt hat, daß die Tarife nicht zur ausschließlichen Disposition der Verwaltung bleiben. Eine zweite Frage ist die Finanzwirtschaft. Wenn wir jetzt 1500 Millionen in Eisenbahn-Anlagen engagirt haben und wahrhaftig, wenn der Plan des Ministers sich verwirklichen sollte, ungefähr noch 1000 Millionen engagirt werden sollen, so ist ein Vermögen von 2 1/2 Milliarden von einem solchen Einfluß, daß 1 pCt. mehr oder weniger Rentabilität über den ganzen Staatshaushalt-Stat entscheidet und unsere ganze Steuerpolitik mit der Zeit dirigiren kann, so daß dies unmöglich im Ressort des Handelsministers verbleiben darf; vielmehr muß die Finanzverwaltung in dieser Beziehung ebenso ihre volle Wirkung haben, wie der Handelsminister. Nun hat man mir heute und es ist sogar in der Budgetcommission amtlich festgestellt worden, daß sich jetzt die Tarifveränderungen ohne Mitwirkung der Finanzverwaltung voll-

ziehen. Diese Staatswirtschaft ist doch ganz unendlich, wenn der Ressort-patriotismus sich so abspaltet, daß der Handelsminister der Meinung ist, wir übertrügen einem Minister das Steuerwesen und überließen dem an-deren Minister Milliarden des Staatsvermögens zu einer solchen Ver-fügung, daß er möglicherweise alle Dispositionen des Finanzministers in Verwirrung bringt. Auch hier werden uns Garantien gegeben werden müssen.

Endlich halte ich es für ungemein wichtig, daß die Regierung sich gleich-zeitig mit uns über die Frage verständigt, wie sie künftig das Zufuhrsystem regeln will. Die Haupt- und durchgehenden Linien sind in Deutschland fast erschöpft, die künftige Politik wird sich also zur Ausführung der Zu-fuhrlinien wenden. Der Handelsminister hat uns neulich in einem Zwi-schenfall die Mitteilung gemacht, daß schmalspurige Bahnen keine Aussicht auf Staatsubvention haben. Aber, wenn wir wirklich zur Regelung unse-res Bahnsystems schreiten, müssen wir eine feste Verbindung mit der Regierung darüber herbeiführen, welche Erfordernisse sie beim Bau von Secundärbahnen stellen, welche Grundsätze sie in Bezug auf das Subven-tionsystem befolgen will, welche Ansprüche von Seiten des Staates an diese Bahnen gestellt werden sollen. Der frühere Handelsminister hat bei dem Antritt seiner Verwaltung ausdrücklich anerkannt, daß alle diese Re-gulirungen der Fortbildung unseres Eisenbahnwesens vorangehen müßten, aber bis heute ist dieses Versprechen noch unerfüllt.

Unsere Resolution hat sich ganz gewissenshaft fern davon gehalten, ein Präjudiz schaffen zu wollen, ob das Staatsbahnsystem gefördert werden soll oder ob dem Privatbahnsystem mehr Gunst zuzuwenden sei; um der Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung näher treten zu können, dazu gehören vor Allem Informationen. Wir haben vier Perioden der Eisenbahnverwaltung hinter uns, zunächst den Privatbahnbau mit dem ge-fährlichen Rückfall, in das Staatsbahnsystem einzuleiten. Diese Periode hat einen heillosen Druß erlebt, nicht bloß im Jahre 1850 durch das Drängen des Abgeordnetenhauses, indem die Amortisationslasten aufgelöst wurden, sondern weit mehr noch durch die schlechte Verwaltung des Eisenbahn-wesens während des Ministeriums; ich erinnere die Regierung an ihre Operationen mit der Köln-Mindener Bahn. Vor dem Jahre 1866 konnten wir die schließende Hand nicht ausstrecken gegen diesen Fehltritt der Regierung, wohl aber konnten wir es 1866 thun, wo dieselbe Regierung uns zumutete, die Weichsische Bahn zu verkaufen. Die Regierung hat also einen viel höheren Grad von Mißthun gehabt, als das Abgeordneten-haus, daß von dem ursprünglichen Eisenbahnsystem abgelassen worden ist. — In einer dritten Periode haben wir uns mehr dem Staatsbahnsystem zu-gewendet; aber wer bürgt uns dafür, daß die jetzige Politik jetzt schon ihren Höhepunkt gefunden hat, ob nicht, nachdem der Beschluß über den Erwerb gewisser Bahnen gemacht ist, im nächsten Jahre entweder wieder mit einem Ankauf von neuen Bahnen vor uns getreten oder wieder ein System ein-geleitet wird, welches wieder von diesem Wege abführt?

Wer bürgt uns gerade mit Rücksicht auf die Zufuhrbahnen dafür, daß da nicht wiederum militärische Rücksichten einseitig den Ausschlag geben und wir so zu Eisenbahnen kommen, die in Wahrheit nicht mehr Zufuhrbahnen, sondern wieder Hauptbahnen in anderer Richtung sind? Alle diese Dinge bedürfen einer klaren Verständigung und es ist rathsam, der Regierung mitzuthun durch einen Beschluß dieses Hauses, daß zwar dieses Haus in zwei Theile getheilt ist, in Solche, bei denen das Staatsbahnsystem nach der Entwicklung des Ministers Billigung findet und in eine andere Hälfte, welche nach der einen Richtung hin das Privatbahnsystem überhaupt billigen will, und nach einer anderen Richtung das ganze Heil in einer schleunigen Verstaatlichung aller Eisenbahnen erblickt. Alle 3 Richtungen aber sind einig in dem Punkte, daß nicht weiter vorgegangen werden soll, ehe nicht eine Verständigung zwischen Landesvertretung und Regierung in Bezug auf die von mir angebotenen Punkte gefunden ist. Ich lege den größten Werth auf die Annahme der Resolution unter II, die Resolution I haben wir bloß aufgenommen, um gerade die Erwägungen der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse von dem System der Eisenbahnpolitik zu trennen. Mit der Nummer II unseres Antrages wollen wir als Friedensstifter zwischen den beiden ringenden Parteien auftreten, indem wir heute erklären, daß wir in diesem Jahre, in welchem uns Vorlagen der Regierung beschäf-tigen, über das System selbst einen entscheidenden Auspruch nicht herbei-führen, aber die Regierung warnen wollen, im Dunkeln weiter zu gehen.

Das Haus wird ja auch nach der Entscheidung der Regierung entweder im nächsten Jahre erklären, es sei halt zu machen in der weiteren Fort-entwicklung des Staatsbahnwesens, weil wir uns über die notwendigen Vor-beingungen mit der Regierung nicht verständigen können. In diesem Fall hat der Handelsminister in Aussicht gestellt, daß er die Verwaltung nicht weiter führen würde. Gelingt es ihm aber, sich über die Vorbedingungen, wie ich sie angedeutet habe, mit dem Hause zu verständigen, so wird er klare Bahn haben, dann werden die loyalen Gegner der Staatsbahnen mit dem Abg. Birdow sagen: Der Wille des Hauses ist festgestellt, eine Verständigung mit der Regierung erzielt, wir haben keinen Grund mehr, den einzelnen Vorlagen den Krieg zu erklären, sondern prüfen bloß, ob sie in den Ge-sammtrahnen hineinpassen. In diesem Sinne einer vorbereitenden Klärung ist die Resolution Nr. II gemeint und ich bitte deshalb, daß alle Seiten des Hauses ihr zustimmen. (Beifall links.)

(Fortsetzung folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Berlin, 13. Februar. [Amtliches.] Seine Majestät der König hat dem Bildhauer Johannes Buhl zu Charlottenburg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Riemermeister Lorenz Fuchs zu Zülz im Kreise Neustadt O.S. dem Gemeindevorsteher Lübke zu Alt-Rudde-zow im Kreise Schlawa, dem Wirtschaftler Ludwig Wegner zu Riezig im Kreise Arnswalde und dem Diensthof Bernhard Johannsmann zu Neumarendorf im Kreise Warendorf das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Verwalter Felauer in der Menschaue Mühle bei Werseburg, dem Fischhändler Karl Maassen zu Dörfelhof und dem Feuerwacht Döblun bei der Berliner Feuerwehr die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Seine Majestät der Kaiser hat den königlich preussischen Regiments-Major Georg Friedrich Henning Schulze zum kaiserlichen Re-gierungs-Rath und ständigen Hilfsarbeiter im Reichsjustizamt ernannt.

Seine Majestät der Kaiser hat dem Commerzien-Rath Emil Wagner zu Nachen den Charakter als Geheimer Commerzien-Rath, und dem praktischen Arzt Dr. med. Massen zu Bonn den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Rechtsanwalt und Notar Vater in Kempen ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Breslau und zugleich zum Notar im De-partement desselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Breslau ernannt, und der Rechtsanwalt und Notar Jäger in Wörring ist in gleicher Eigenschaft an das Stadtgericht in Breslau, unter Befestigung der Praxis bei dem Kreisgerichte daselbst mit Anweisung seines Wohnsitzes in Breslau, versetzt worden.

Berlin, 13. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute Se. Hoheit den Herzog von Sachsen-Altenburg und nahm in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten mili-tärische Meldungen, sowie später den Vortrag des Kriegsministers und des Generals von Albedyll entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte heute Vor-mittag einer Vorstandsitzung des Frauen-Lazareth-Vereins bei.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich gestern Mittag gegen 2 Uhr zur Eröffnung des Reichstages in das königliche Schloß.

[Ihre Kaiserliche Hoheit die Kronprinzessin] stattete vor Ihrer heute erfolgten Abreise nach England gestern Nachmittag Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Friedrich Carl und demnachst Ihren Majestäten einen Abschiedsbesuch ab. (Reichsanz.)

Berlin, 13. Febr. [Bericht der Eisenenquete-Com-missionen.] Der Bericht der Eisenenquete-Com-missionen, der also der Zolltarifs-Commission überwiesen worden, plaidirt für die Wieder-einführung der Eisenzölle, welche danach eigentlich von allen Inter-essanten gewünscht würde. Es heißt, da keine andern Maßnahmen der Gesekgebung im Gewerbs- und Steuerwesen werden als aus-reichend erachtet, um die Vortheile auszugleichen, welche die fremde Concurrenz durch die billigeren See- und Kanalschiffen, sowie durch billigere Produktionsbedingungen und durch Ausfuhrprämien voraus hat, und es wird deshalb von den Eisenproduzenten eine Wiederein-führung, bezw. Erhöhung der Eisenzölle gefordert, und zwar von etwa 6 bis 10 M. für Roheisen, 20 bis 35 M. für Stabeisen, 20 bis 30 M. für Gußwaaren, 60 bis 80 M. für Weißblech, 40 bis 80 M. für Maschinen. Aber auch aus dem Gesichtspunkte der Steuerpolitik wurde die Wiedereinführung der Eisenzölle als gerechtfertigt, ja als not-

wendig bezeichnet, weil die inländische Production einen nicht unerheblichen Antheil des Gesamtwertes ihrer Producte in der Form von directen und indirecten Steuern an die Staatskassen abgibt, während das zollfrei einge-führte fremde Eisen die öffentlichen Einkünfte um den gleichen Be-trag schmälere. Dem Verlangen nach Wiedereinführung der Zölle schließen sich auch die Vertreter derjenigen Industriezweige an, deren Aufgabe die weitere Verarbeitung des Eisens zu Maschinen, Werk-zeugen und sonstigen Gebrauchsgegenständen ist. Alle erkennen in der gedrückten Lage der Eisenindustrie einen der Gründe für den trauri-gen Zustand ihres eigenen Gewerbes. Selbst jene, welche theilweise oder ausschließlich ausländisches Material für Gegenstände des Exports verarbeiten, bestreiten nicht die Nothwendigkeit eines Zolles, verlangen aber, als der Billigkeit angemessen, die Rückvergütung desselben bei der Ausfuhr. Im Uebrigen wird ausgeführt, daß alle Kategorien der Interessenten den Eisenzoll verlangen, die Landwirthe in Süd- und Mitteldeutschland sind gleichfalls dafür und selbst die Landwirthe aus den Ostprovinzen, welche den Eisenzoll als eine ihnen zu Gunsten der Eisenproduzenten auferlegte Steuer bezeichnen, stimmen nach den von ihm gemachten Zahlenangaben darin mit den süddeutschen Land-wirthen überein, daß die Schwankungen der Eisenpreise kaum einen nennenswerthen Einfluß auf ihre Kosten ausüben.

[Marine.] Es sind Nachrichten v. S. M. Kanonenboot „Cyclov“, vier Geschütze, Commandant Capt.-Lieutn. v. Schumann I, d. d. Tientsin, den 14. December 1878, eingetroffen.

Provincial-Beitung.

** Breslau, 14. Februar, Morgens 8 Uhr. [Eisgang. — Hochwasser.] Soeben findet ein starker Eisgang statt. Beide Ober-arme sind im Mittelwasser mit dichten Eismassen bedeckt. Die Fisch-händler sind mit dem Bergen der Fischhälter eifrig beschäftigt. — Der Fluß ist über Nacht sehr hoch angeschwollen.

u [Feuer.] Die Hauptfeuerwache rückte gestern Abend in der neunten Stunde nach der Kaiser-Wilhelmstraße Nr. 13, woselbst in einem Keller die an einer Schornstein-Neigungsstange aufgestellten Kisten mit Stroh u. durch den auf der Schornsteinsohle Lagernden und glühend gewordenen Stroh in Brand gerathen waren. Die Gefahr wurde indessen bald beseitigt.

X. Neumarkt, 13. Febr. [Tageschronik.] Vorgestern ereignete sich hier folgender Vorfall: Eine mit Weinwand u. i. w. handelnde Frau begab sich, ihre Waare auf dem Rücken tragend, in der 11. Morgenstunde von Pfaffendorf nach Bischof. Unterwegs begegnete ihr ein fremder Mensch, der sie mit: „Wissen Sie nicht, daß jetzt Alles getheilt wird?“ anredete. Auf die anglische, ausweichende Antwort der Frau nicht achtend, zog er sein Messer heraus und schnitt der Frau die am Kleide befestigte Leberne Geldtasche weg, sich sodann damit eisernend, worauf die ihrer Vaarhaft von 17 Thln. beraubte Frau weinend nach Neumarkt zurückkehrte und Meldung machte.

Gesekgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

u Breslau, 13. Febr. [Schwurgericht. — Fortsetzung 4.] Gleich-wie die Blase, sind auch eine Anzahl der nun folgenden Zeugen erst auf Grund der den Vater beschuldigenden Angabe E. ermittelt worden. E. hat vorzugsweise auf dem Rückwege von Lissa das kleinste Moment nicht außer Acht gelassen. Den eifrigen Nachforschungen der Breslauer Criminal-Be-amten gelang es, trotz der geringen Anhaltspunkte die von E. erwähnten Zeugen aufzufinden. — Ehe wir jedoch in der Zeugenbernehmung fort-fahren, müssen wir noch einiger Scenen gedenken, welche sich zwischen den Vernehmungen der einzelnen Zeugen abspielten. E. ist augenscheinlich auf seinen früheren Herbergswirth Grüttnert — welcher ihn in die Hände der Polizei lieferte — nicht gut zu sprechen. Es sollte die Lissa Tour bei Grüttnert geendet haben. E. meint nun, G. müsse mit B. im Einverständnis ge-handelt haben, denn als sie von Lissa kamen, hatte B. eine längere Unter-redung mit G. in der Wohnstube desselben. E. gab dem G. die von Fische herrührenden Gegenstände. G. meinte aber, „was sollen mir die Lumpen“, darauf behielt E. dieselben. „Ja, ja, meine Herren Geschworenen, es war doch sehr gut, daß ich das Alles behalten habe“, meint E. recht selbst-bewußt. In dem Paf des F. hat G. das Geburtsjahr 1810 in 1840 geändert, um eben den Paf selbst zu gründen. — Der Vorlesende ver-langt Auskunft „warum E. den B. erst so spät als Complicen nannte?“ Ja, meine Herren Geschworenen — antwortete E. — das ist sehr einfach. Bei Grüttnert war doch bekanntlich nur eine Herberge für Späuben. — Vorf.: Die Herren Geschworenen werden später durch Polizeibeamte diese Angabe bestätigt erhalten. — E. (fortfahrend): So war es denn unter uns, die wir dort verkehrten, besprochen und abgemacht, daß wenn Einer „verschüttet“ sollte — Vorf.: Das heißt wohl wenn Einer erwischt u. eingesperrt würde? — E.: Ja wohl, dann wollten ihm die Anderen beistehen. Dieser Meinung war ich auch bei meiner Verhaftung. Ich habe des-halb in den ersten Tagen gar nichts eingeräumt, weil ich mir wohl dachte, daß ich dann nach Neumarkt gebracht werden müßte. Doch ich hörte und sah dort nichts von meinen Freunden. Da habe ich mir zuletzt aus dem Leben gar nichts mehr draus gemacht, es war mir egal, ob ich heut oder morgen sterbe. Ich sah mich getäuscht, von Allen verlassen und hielt mich nunmehr verpflichtet, die volle Wahrheit zu sagen (Vater ruft mit halb-lauter Stimme dazwischen: „Sie verfluchter Hallunke, erbärmlicher!“). Vorf.: Das ist doch ganz entsehrlich. Haben Sie denn geglaubt, ihre Freunde würden ein Complot bilden und das Kreisgerichtsgefängnis zu Neumarkt stürmen? Solche Zustände haben wir doch glücklicherweise nicht. E.: Nein, das habe ich nicht gedacht. Aber dort war der Hof unbewacht, da wäre es ganz leicht gewesen, mir etwas zuzufinden, daß ich mich damit befreien konnte.

Vater ward gefragt, von was er sich ernährt habe. Er sagt „Tage-arbeit“, muß indeß auf weiteres Inquiriren zugeben, daß er in den letzten Jahren sehr selten gearbeitet hat. Seine Frau hatte in der Albalbertstraße eine Wohnung für 600 Mark inne, es wohnten Prostituirte bei ihr in möblirten Zimmern. In der Regel waren 3 Zimmer vermietet zum Preise von je 24 bis 36 Mark monatlich. Die Mädchen erhielten auch volle Be-festigung gegen den Betrag von 10 Mark wöchentlich. Seine Frau gab ihm alle Tage ein paar Böhm, welche er meist bei Grüttnert's verbrant. — E. behauptet, B. habe ihn schon einmal im Winter 76/77 in seiner Woh-nung auf der Uferstraße besucht. (Vater, Sie verfluchter Hallunke, Sie.) E.: Ja, ja, es war nicht anders, neun Mann hoch sind sie gekommen, wie Räuber und Späuben. Es waren auch nur lauter Späuben. Vorf.: Was wollten denn die Leute bei Ihnen? E. (in stolzem Tone): Sie suchten mich auf, sie wollten mich kennen lernen. (Allgemeines Gelächter.)

Kreisgerichtsrath Göbel berichtet über die erste Confrontation des B. und G. B. ist nach seiner Meinung ein Mensch, der für äußere Einträge keinen Anhalt bietet. Er blieb der Beschuldigung gegenüber sehr ruhig, behauptete, noch nicht zwei Schritte sei er mit G. zusammen gegangen. Als E. die Aussage nicht änderte, wurde er heftig, spukte vor ihm aus und überhäufte ihn mit allen möglichen Schimpfnamen.

Fräulein Erpelbing (Schwägerin des Gastwirths „zum letzten Heller“) bezeugte bekanntlich am Nachmittage des 12. September 1877 die zwei schon von der Blase genauer bezeichneten Herren. Sie erkannte E. mit voller Bestimmtheit wieder. Derselbe hatte sie damals gefragt, „ob sie die Schlenkerin wäre?“ Den B. vermag sie nicht zu recognosciren.

Gleich nach dem Morde will E. mit B. im John'schen Gasthause zu Lissa eingekauft sein. Dort verkaufte ein Jägermann einen Jagdhund für 18 M. Der Verkäufer ist in den Jäger Lorenz ermittelt worden. Derselbe weiß durch seine Einzeichnungen im Notizbuch nach, daß dies am Tage des Mordes, Mittags 1 Uhr, gewesen sei. Er erkennt E. mit Sicherheit als einen der damals anwesenden Gäste wieder.

Auf Bilziner Territorium, aber hart an der Chaussee, waren an jenem Tage eine Anzahl Frauen mit dem Regen von Mäusen besetzt. Die beiden Mörder, von Neugierde geplagt, traten näher, um sich diese Arbeit anzusehen. Der Mann im Arbeiteranzug bespazte sich mit einer Arbeiterin, was ihm von der Schafferin verboten wurde. Er schimpfte die Frau „Sie dumme, alte Kabe“. Die Frauen erkennen den anständig Geleideten in E. wieder, B. dagegen soll damals im Gesicht auffallend roth gewesen sein, sonst beständigen sei, daß es dieselbe Figur gewesen sei. Die Anklage findet die Nothe durch Aufregung, Schnapsstrinken, schnelles Laufen und warme Kleidung wohl erklärlich.

Mit den Zimmermann Trambale'schen Eheleuten wollte B. am Morgen des 12. September zusammen gewesen sein. Es hat sich aber herausgestellt,

daß jene Begegnung Abends nach 6 Uhr in der Albalbertstraße stattfand. Zu jener Zeit müßte E. längst zurückgewesen sein. Bei jener Begegnung wiesen die Vater'schen Eheleute in einer für den Unbefangenen ziemlich auffälligen Weise darauf hin, daß heut der 12. September sei. Frau Vertha Vater, geb. Preisel, tritt tief in Trauer gekleidet ein. Ihr Benehmen ist sehr anglich. Sie wiederholt fast jede Frage des Vor-sitzenden, ehe sie dieselbe beantwortet. Mit dem Angeklagten ist sie seit 11 Jahren (also nicht 17 Jahre, wie wir früher berichteten) verheirathet. Als sie noch eine Wohnung für 36 Thaler hatten, machte B. zu Hause Cigarren, später arbeitete er bei verschiedenen größeren Bauten als Tage-löhner. Dabei soll er wüthunter 8 bis 9 Thlr. pro Woche verdient haben. Jetzt zahlt Frau V. wie schon erwähnt, 600 Mark Miete, ihr Mann arbeitet in den letzten Jahren fast gar nicht, „ich triebte (drängte) ihn ja auch nicht dazu, wir hatten doch nicht so nöthig“, sagt Frau V. — (b. h. also, die „Kuppelwirthschaft“ nährte alle Noth). Weiter erzählt sie, daß ihr Mann täglich 2—3, Sonntags aber 2 Mal 5 Böhm zum Vertreiben er-hielt. Am 12. September sei er vor 9½ Vormittags nicht fortgegangen, spätestens aber gegen 2 Uhr zum Essen gekommen. Die Hofen, welche B. nach Angabe E., an dem in Rede stehenden Tage getragen, sind bald darauf an einen Bruder der Frau V. verschickt worden und von da in den Lumpen-schuppen gewandert. Sie sollen beblutet gewesen sein, doch hat sich dies nicht mehr feststellen lassen. Mit Rücksicht hierauf wirkt ein Brief sehr belastend, welchen Frau V. unterm 26. März 1878, 3 Monate nach der Verhaftung ihres Mannes, an ihren Bruder, den Fühler Oscar Kreisel abhandte. Der Brief ist auf Anweisung der Staatsanwaltschaft angehalten und den Acten einverleibt worden. Einige Stellen dieses Briefes lauten: „Lieber Oscar! Ich muß Dich nur benachrichtigen, daß schon wieder so viel Zeugen von dem Robert verkommen, die im Hause wohnen, denn sie können ihm alle nichts sagen, das ist doch das Beste. Du mußt immer Frau Kaiser die Adresse schreiben und Albalbertstraße 16, sonst bekomme ich den Brief nicht. Lieber Oscar, die Hofen, die Du am Ende September 77 von uns bekommen hast, waren doch schmutzig und auf den Knien zusammengeknaut und die Sachen, die er ablegen thut, sind stets schmutzig, aber dennoch nicht mit Blut besetzt. — Wenn sie Dich fragen, ob sie beblutet waren, so mußt Du ihnen ganz dumm kommen. — Hast Du noch keine Vorladung zum Termin? — Die „Geheimen“ kommen fortwährend, sie gönnen mir nichts. — — — Verbrenne diesen Brief. — — — (Fortsetz. folgt.)

Gandel, Industrie &c.

Berlin, 13. Febr. [Börse.] Auch heute eröffnete die Börse den geschäft-lichen Verkehr in recht fester Haltung. Beunruhigende Nachrichten waren eben nicht eingetroffen, und von den auswärtigen Plätzen lagen günstige Coursmeldungen vor. Auf einzelnen Gebieten belebten sich auch die Um-sätze in dem Maße, daß das Geschäft einen animirten Charakter annahm. Dies war vorzugsweise in der ersten Börsenstunde auf dem Eisenbahnamienmar-kte der Fall. Die Veranlassung hierzu war in der Rede des Eisenbahnministers Maybach, welcher heute die lang erwartete Erklärung über das Programm der Regierung, betreffend den Anlauf von Privatbahnen, gab, geboten. Der Inhalt der Rede wurde außerordentlich schnell an der Börse bekannt; der günstige Eindruck aber, der dadurch hervorgerufen wurde, nur zu bald wieder durch die Nachricht des „Golos“ über erneute Festsätze vermischt. Am Geldmarkte ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Fremde De-visen blieben unbelebt, nur London war etwas schwächer, ebenso ging die russische Valuta im Course zurück. Feinste Banquierbriefe begehnten am offe-nen Markte 2½ %. Von den internationalen Speculationspapieren wurden Oesterreichische Creditactien lebhaft umgekehrt, konnten sich jedoch auf ihrem nicht ganz unbedeutend gestiegenen Anfangscourse nicht voll behaupten. Franzosen ruhiger und ziemlich fest. Lombarden ganz geschäftlos. Von den Oesterr. Nebenbahnen zeichneten sich Elisabethbahn, Böhmische Westbahn, Nordbahn und Dur-Bodenbacher durch lebhaften Verkehr aus. Die localen Speculationssectoren waren wenig fest. Es notirten Disconto-Commandit ult. 128¼—7¼—7¼, Laurabütte ult. 66¼—5¼—6. Dagegen befeudeten die ausländischen Staatsanleihen gute Festigkeit, die nur zum Schluß eine kleine Abschwächung erlitt. 1860er Loose und Ungarische Gold-rente beliebt. Russische Werthe ermattend. 5 % Staatsanleihen per ult. 84¼—83¼—84. Russische Noten schwach, per ult. 195¼—4¼—5¼. (Vor-prämie 196¼/1½), per März 196¼—195¼/1 (Vorprämie 198¼/2½). Von den deutschen Fonds waren 4 % Preussische Consols und Reichsanleihe be-gebt. Inländische Eisenbahn-Prioritäten zeigten sich beliebt, namentlich waren Galtziner B. und O. in Börsen gefragt. Von ausländischen Devisen Gotthard-Prioritäten wiederum steigend. Russische Prioritäten schwach be-hauptet. Auf dem Eisenbahnamienmarke entwickelte sich ein reger Ver-kehr und konnten in Folge dessen auch die meisten Effecten dieser Gattung in den Coursen anziehen. Per ult. wurden gehandelt Bergische 77,75 bis 90—50 etwas bis 75, Kölnische 104,25—75, Rheinische 107—107,25—20. Stettiner lebhaft anziehend. Potsdamer und Halberstädter ebenfalls besser. Nummern bei gedrückter Haltung sehr still, Obligationen schwach. Banactien ruhig, aber fest. Deutsche Bank zog etwas an. Ferner kamen höher zur Notiz: Centralbank für Bauten, Spielhagen, Geraer Bank, Börsen-Handelsverein, Leipziger Creditbank, Essener Creditbank, Duisburg, Han-noversche Bank, Mecklenburgische Hypoth., Posen Provinzial- und Sprit-bank Webe. Industrierapiere trugen ebenfalls eine feste Physiognomie. Pferdebank steigend. Gratiweil und Vereinsbrauerei gingen zu höheren Coursen um. Greppiner Werke und Berliner Holz-Comptoir waren billiger erhältlich, Hartmann Maschinen, ebenso Oesterr. Eisenbahndarft lam höher zur Notiz, Montanwerke beliebt und steigend. Für Förder Ver-gewert große Nachfrage, Donnersmarkt, Louise Tiefbau, Pluto, Köln-Mäfen, Dortmund A. und Prioritäten, Verzelius, Rauchhammer, Arenberger und Bonifacius höher, Menden-Schwerte, Berg-Märk. Bergwerk ließen in den Coursen nach.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 399,—, Lombarden 117½, Franzosen 430,—, Reichsbank 153,—, Disconto-Commandit 127¼, Laurabütte 66,—, Türken 12,80, Italiener 74¼, Oesterr. Goldrente 64¼, Ungarische Gold-rente 72¼, Oesterr. Silberrente 54¼, do. Papierrente 53¼, 5 % Russen 84¼, Köln-Mindener 105,—, Rheinische 107¼, Bergische 77¼, Ru-mänen 28¼, Russische Noten 195¼, Orient —,—.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent-Op. 173,40 bez., do. Eisen-Comp. 173,40 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. l. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,155 bez., do. Prioritäten 4,15 bez., do. Papier-Dollars 4,15 bez., 6 % New-York-Gem — bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. l. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. l. Warschau, Russ.-Engl. conf. verl. — bez., Russ. Zoll 20,53 bez., 2er Russen —, Große Russ. Staatsbahn — bez., Russ. Boden-Credit — bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., 8 % Rumänische Div.-Sch. p. 78 — bez., Warschau-Teres-pol — bez., 3 % und 5 % Lombard min. — Pf. Paris, Diers: in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Rtr.-Obligat. 20,385 bez.

Hamburg, 12. Februar. [In der heutigen Sitzung der Bürger-schaft] wurde der Antrag des Senats betreffend die Uebertragung der Concession zum Bau und Betrieb der auf Hamburgischem Gebiete liegenden Strecke einer Eisenbahn von Hamburg nach Cuxhaven an eine unter dem Namen „Unter-Elbische Eisenbahn-Gesellschaft“ neu zu begründende Eisen-bahn-Gesellschaft mit zwei von dem Ausschusse gestellten Bedingungen definitiv genehmigt.

London, 13. Febr. [Bankausweis.] Totalreserve 15,637,000 Pfd. St., Notenumlauf 40,427,000 Pfd. St., Baarvorrath 13,063,000 Pfd. St., Portefeuille 24,043,000 Pfd. St., Guthaben der Privaten 28,505,000 Pfd. St., Guthaben des Staatschazes 7,432,000 Pfd. St., Notenreserve 14,500,000 Pfd. St.

Petersburg, 13. Febr. Ausweis der Reichsbank vom 10. Februar u. St. *) Creditbills im Umlauf 716,515,125 Rbl., unverändert. Noteneinlösung für Rechnung der Succurs. 432,700,000 Rbl., Abnahme 7,250,000 Rbl. Vor-schüsse der Bank an die Staatsregierung 429,394,315 Rbl., Abnahme 2,309,914 Rbl.

*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 3. Februar.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 13. 14.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 0°,5	— 0°,3	— 0°,7
Luftdruck bei 0°	328°°,69	329°°,97	330°°,53
Dunstdruck	1°°,84	1°°,75	1°°,78
Luftfeuchtigkeit	88 pCt.	90 pCt.	95 pCt.
Wind	W. 3.	NW. 2.	NW. 1.
Wetter	Schnee.	bedekt.	bedekt.

Breslau, 14. Febr. [Wasserstand.] O.-A. 5 M. 58 Cm. U.-A. 1 M. 98 cm. Eisgang.

Berliner Börse vom 13. Februar 1879.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4 1/2	96,00 bz
Consolidirte Anleihe	4 1/2	105,10 bz
do. do. 1876	4	96,00 bz
Staats-Anleihe	4	96,25 bz
Staats-Schuldversch.	3 1/2	91,70 G
Präm.-Anleihe v. 1855	3 1/2	148,50 G
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	102,30 B
Berliner	4 1/2	102,10 B
Pommersche	3 1/2	84,50 bz
do.	4	95,50 bz
do. Ländsch.Oblig.	4 1/2	105,20 bz
Posensche neue	4	95,00 bz
Schlesische	3 1/2	95,30 bz
Landchaft Central	4	95,50 bz
Kur. u. Neumark.	4	95,50 bz
Pommersche	4	95,50 bz
Posensche	4	95,50 bz
Preussische	4	95,50 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	95,50 bz
Schlesische	4	95,50 bz
Badische Präm.-Anl.	4	125,00 G
airische 4% Anleihe	4	124,70 G
Cöln-Mind. Präm.-Anl.	3 1/2	116,60 bzG
Föchs. Rente von 1878	3	75,10 bz

Kurh. 49 Thaler-Loose	244,10 bzG
Badische 35 Fl.-Lose	155,75 bz
Preuss. Präm.-Anleihe	83,40 bzB
Oldenburg. Loose	142,00 G

Hypotheken-Certificat.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	109,25 G
Bank. Pf. d. Pr. Hyp.-B.	4 1/2	95,50 bzG
do.	4 1/2	95,50 bzG
Deutsche Hyp.-B. Pf.	4 1/2	109,25 G
do.	4 1/2	109,25 G
Künd. br. Cent.-Bod.-Cr.	4 1/2	109,25 G
Unk. nd. do. (1872)	5	102,50 B
do. rückz. a. 110	5	107,75 bz
do. do. do.	4 1/2	109,25 G
Unk. H. d. Pr. Bd.-Cr. B.	5	—
do. III. Em.	5	106,25 bzG
Künd. Hyp.-Schuld. do.	5	106,25 G
Hyp.-nt. Nord-G.C.B.	5	95,25 G
do. do. Pfandb.	5	92,75 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	95,75 B
do. do. II. Em.	5	81,00 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106,25 bz
do. do. II. Em.	5	106,25 bz
do. 2% Pr. K. B. r. m. 10	4 1/2	92,50 bzG
do. 4 1/2 do. do. Pf. B.	4 1/2	100,25 bz
Meininger B. d. C. G. 5	5	95,50 G
Präm. d. Ost. Pr. B. d. C.	5	104,00 G
Schleib. Bod.-Cred. Pf. B.	4 1/2	96,00 G
do. do. do.	4 1/2	96,00 G
Städt. Bod.-Cred. Pf. B.	5	103,50 B
do. do. do.	4 1/2	98,70 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/2 1/2)	4 1/2	54,95 bzG
do. 1 1/2 1/2	4 1/2	54,95 bzG
do. Goldrente	4	63,00 bzG
do. Papierrente	4 1/2	54,00 G
do. 54er Präm.-Anl.	4	263,29 G
do. Lott.-Anl. v. 60	5	113,30 bz
do. Credit-Lose	fr.	300,00 bzG
do. 64er Loose	fr.	262,50 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	142,00 bzB
do. do. 1865	5	142,00 bzB
do. Orient-Anl. v. 1878	5	96,00 bzB
do. II. do. v. 1878	5	96,00 bzB
do. Bod.-Cred. Pf. B.	5	73,40 bz
do. Bod.-Cred. Pf. B.	5	16,50 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	79,30 bz
Poln. Pfandb. III. Em.	5	61,00 bz
Poln. Liquid.-Pfandb.	4	54,95 bzG
Amerik. rücks. p. 1881	6	102,50 G
do. do. 1885	6	—
do. 5% Anleihe	5	102,00 bzG
Ital. 5% Anleihe	5	74,90 B
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,00 bz
Russ.-Grazier 100 Thlr.	4	71,25 G
Rumänische Anleihe	8	—
Türkische Anleihe	fr.	12,80 bz
Ungar. Goldrente	6	72,00 bzG
do. Loose (p. St.)	fr.	125,00 bz
Eng. 5% St.-Anl. v. 64	5	74,00 bzB
do. Schatzanw.	fr.	—
do. do. II. Abth. 6	6	102,40 bz
Schwedische 10 Thlr.-Lose	—	—
Finische 10 Thlr.-Lose	39,00 bzB	—
Türken-Lose 45,50 bzG	—	—

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4 1/2	101,00 G
do. III. v. St. 3 1/2	3 1/2	95,50 bzG
do. do. VI.	4 1/2	100,50 G
do. Hess. Nordbahn.	5	—
Berlin-Görlitz	5	102,00 G
do. do.	5	91,40 G
do. Lit. C.	4 1/2	87,25 bzG
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	4 1/2	91,00 G
do. Lit. H.	4 1/2	91,00 G
do. do. J.	4 1/2	95,50 bzG
do. do. K.	4 1/2	95,50 bzG
do. von 1876	5	102,40 bzG
Cöln-Mind. III. Lit. A.	4 1/2	93,50 G
do. do. Lit. B.	4 1/2	—
do. do. Lit. C.	4 1/2	95,20 B
Halle-Sorau-Guben	4 1/2	102,60 G
Hannover-Altenbeken	4 1/2	98,00 G
Märkisch-Posen	5	100,75 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	—
do. do. II. Ser.	4	—
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,50 G
do. do. III. Ser.	4	95,60 G
Oberrhein. A.	3 1/2	—
do. B.	3 1/2	—
do. C.	3 1/2	—
do. D.	3 1/2	—
do. E.	3 1/2	—
do. F.	3 1/2	—
do. G.	3 1/2	—
do. H.	3 1/2	—
do. von 1869	5	102,50 B
do. von 1873	4	92,80 G
do. von 1874	4 1/2	100,50 B
Brieg-Neisse	4 1/2	—
do. Cosel-Oderb.	4 1/2	—
do. do.	4 1/2	102,70 B
do. Stargard-Posen	4	—
do. do. II. Em.	4 1/2	—
do. do. III. Em.	4 1/2	—
do. Nördsch. Zw. B.	3 1/2	—
Ostpreuss. Südbahn	4 1/2	99,40 bz
Rechte-Oder-Üb. B.	4 1/2	101,60 G
Schlesw. Eisenbahn	4 1/2	100,50 G
Dux-Bodenbach	fr.	67,10 G
do. II. Emission	fr.	60,00 bzB
Prag-Dux	fr.	21,75 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	fr.	86,75 bzG
do. do. neue	fr.	86,40 bzG
Kaschau-Oderberg	fr.	56,90 bzG
Ung. Nordostbahn	fr.	58,30 bzG
Ung. Ostbahn	fr.	54,25 bzG
Lomb.-Vened. B.	fr.	65,00 G
do. do. II.	fr.	67,50 bzG
do. do. III.	fr.	61,75 bz
do. do. IV.	fr.	57,70 B
Mährische Grenzbahn	fr.	53,00 bz
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	—
do. II. fr.	fr.	—
Kronpr. Rudolf-Bahn	fr.	65,40 bzG
Osterr.-Französische	fr.	348,75 bzG
do. do. II.	fr.	337,20 G
do. süd. Staatsbahn	fr.	241,75 bzG
do. do. neue	fr.	241,75 bzG
do. Obligationen	fr.	86,25 bzG
Bam. Eisenb.-Oblig.	fr.	81,50 bzG
Warschau-Wien II.	fr.	98,00 bzG
do. III.	fr.	85,70 bz
do. IV.	fr.	82,60 bz
do. V.	fr.	—

Telegraphische Cour und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 13. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Cour.] Londoner Wechsel 20, 445. Pariser Wechsel 81, 02. Wiener Wechsel 173, 60. Böhmische Westbahn 141. Elisabeth-Bahn 141. Galizier 192. Franzosen 212 1/2. Lombarden 58 1/2. Nordwestbahn 97 1/2. Silberrente 54 1/2. Papierrente 54. Deckerrente 65. Ungar. Goldrente 72 1/2. Italiener 54. Russ. Bodencredit 73 1/2. Russen 1872 83 1/2. Neue russische Anleihe 84 1/2. 1860er Loose 110 1/2. 1864er Loose 262, 00. Creditactien 193 1/2. Deft. Nationalbank 688, 00. Darmstädter Bank 114 1/2. Meininger Bank 72 1/2. Hess. Ludwigsbahn 68 1/2. Ungarischer

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3/4	169,05 bz
do. do.	3 M. 3/4	168,30 bz
London 100 L.	3 M. 3/4	20,325 bz
Paris 100 Fr.	8 T. 3/4	81,00 bz
Petersburg 100 R.	3 M. 6	194,25 bz
Warschau 100 S.	6 T. 6	194,80 bz
Wien 100 Fl.	8 T. 4 1/2	173,45 bz
do. do.	2 M. 4 1/2	172,35 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Aachen-Masticht	1 1/2	4	15,80 bz
Berg.-Märkische	3 1/2	—	77,75 bz
Berlin-Anhalt	50 1/2	—	87,50 bzG
Berlin-Breslau	0	—	15,10 bzB
Berlin-Görlitz	0	—	181,50 bzG
Berlin-Hamburg	11 1/2	—	19,50 bzG
Berlin-Potsd.-Magd.	3 1/2	—	96,00 bzG
Berlin-Stettin	7 1/2	—	11,25 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	63,50 bzG
Bresl.-Freib.	2 1/2	—	104,60 bz
Cöln-Mind.	3 1/2	—	26,50 bz
Dux-Bodenbach	0	—	96,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	9 1/2	—	15,30 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	—	13,00 bzB
Hannover-Altenb.	0	—	44,10 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	51,00 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	182,50 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	21,75 bzG
Märk.-Posener	0	—	121,75 bzG
Magdeb.-Halberst.	5	5	69,00 bzG
Mainz-Ludwigsh.	4	4	97,00 G
Niedersch.-Märk.	8 1/2	—	121,90 bz
Oberschl.-A.C.D.E.	8 1/2	—	115 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	425,75-430,50
Oest. Nordwestb.	4,15	—	185,00 G
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	118,50-117,50
Oest. Südb. Südb.	0	—	49,00 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6 1/2	—	108,40 bz
Reichenberg-Pard.	4	4 1/2	35,80 G
Rheinische	7	—	107,25 bz
do. Lit. B. (40% gar.)	4	4	94,40 bzG
Rhein-Nachb.-Bahn	0	—	9,10 bzG
Rumän. Eisenbahn	2	—	28,90-29,50 bz
Schweiz Westbahn	0	—	16,10 G
Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2	101,50 G
Thüringer Lit. A.	7 1/2	—	112,75 bzG
Warschau-Wien.	4	—	168,00 bzB

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Breslau	0	—	18,75 bzG
Berlin-Görlitz	0	—	37,25 bzG
Breslau-Warsh.	0	—	30,00 G
Halle-Sorau-Gub.	0	—	45,30 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	26,00 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	18,50 bzG
Märkisch-Posener	4 1/2	—	88,00 G
Magdeb.-Halberst.	3 1/2	3 1/2	77,00 bzG
do. Lit. C.	5	5	105,00 bzG
Oest. Südbahn	5	5	88,00 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6 1/2	—	111,90 G
Rumän. Eisenbahn	8	8	84,00 bzG
Saal-Bahn	0	—	18,14 G
Weimar-Gera	0	—	15,70 bzB

Bank-Papiere.

Alg. Don. Fl. d. C.	2	—	27,00 bz
Anglo-Deutsche Bk.	8	—	147,10 G
Berl. Kassen-V. Bk.	8 1/2	8 1/2	57,75 G
Berl. Kassen-V. Bk.	0	—	80,00 G
Berl. Pr.-u. Hdb.-Bk.	0	—	80,00 G
Braunschw. Bk.	0	—	66,00 G
Bresl. Disc.-Bank	3 1/2	—	71,50 bzG
Bresl. Wechselb. Bk.	5 1/2	—	65,39 bz
Coburg. Cred.-Bk.	5	—	106 B
Danziger Priv.-Bk.	0	—	115,25 bz
Darmst. Creditb.	6 1/2	—	90,50 bz
Darmst. Zettelb.	5 1/2	—	100,25 bzG
Deutsche Bank	6	—	133,09 bzG
do. Reichsbank	6,29	—	83,10 G
do. Hyp.-B. Berlin	7 1/2	—	127,70 G
Disc.-Comm.-Anth.	5	—	128,50-7,25
do. ult.	5 1/2	—	85,50 bz
Genossensch.-Bk.	5 1/2	—	95,50 G
do. junge	5 1/2	—	92,00 G
Goth. Grundcred.	8	—	94,00 B
do. junge	8	—	121,50 G
Hamb. Vereins-B.	10 1/2	7 1/2	102,90 bzG
Hannover. Bank	6	6 1/2	82,00 B
Königsb. Ver.-Bk.	0	—	62 bz
Ldw.-B. K. Willeck.	0	—	14,75 G
Leipz. Cred.-Anst.	5 1/2	6 1/2	106,00 bzG
Luxemburg. Bank	0	—	111 B
Magdeburg. do.	5 1/2	6 1/2	72,25 G
Meininger do.	8 1/2	8 1/2	138,75 G
Nordd. Bank	8 1/2	8 1/2	49,90 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	8 1/2	—	66,00 G
Oberlausitzer Bk.	8 1/2	—	409,4-1,8 1/2
Oest. Cred.-Actien	3	—	102,67 G
Posener Pr.-Bank	3	—	89,10 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.	9 1/2	—	176,50 bzB
Pr. Bod.-Cr.-Act.	9 1/2	—	02,60 G
Sächs. Bank	5 1/2	—	86,60 G
Schl. Bank-Verein	5	—	34,25 G
Weimar. Bank	0	—	—
Wiener Unionabk.	3 1/2	—	—

In Liquidation.

Berliner Bank	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	fr.	27 G
Berl. Wechselb.	—	fr.	—
Centralb. f. Genos.	—	fr.	21,50 G
Deutsche Unionb.	—	fr.	—
Gwb. Schuster u. C.	—	fr.	—
Moldauer L. B.	—	fr.	—
Oesterrische Bank	—	fr.	—
Pr. Credit-Anstalt	—	fr.	—
Sächs. Cred.-Bank	—	fr.	107,25 G
Schl. Vereinsbank	—	fr.	61,50 G
Thüringer Bank	—	fr.	74,40 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Ed.-A.	0	—	7,75 bz
D. Eisenbahng.-B.	0	—	70,00 bzG
do. Reichs-u.-Co. H.	0	—	24,75 G
Märk. Schl. Masch. G.	4	—	46,00 bz
Nordd. Gummitfab.	—	fr.	—
Westend. Com.-G.	—	fr.	—
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	8	—	81,75 bzB
Schles. Feuervers.	25	—	890 B
Donnersmarkhütt.	3	—	25,00 bzB
Dortm. Union	—	fr.	7,50 bzG
do. abgest.	—	fr.	11,00 G
Königs- u. Laurah.	2	—	66,20 bzG
Lauchhammer	3	—	25,75 bzG
Marschhütte	0	—	44,75 bz
Cons. Redenhütte	—	fr.	82 bz
Schl. Kohlenwerke	0	—	—
Schl. Zinkh.-Actien	6 1/2	—	79,25 bz
do. St.-Pr. Actien	6 1/2	—	89,50 G
Tarnowitz. Bergb.	0	—	41,75 B
Vorwärtschütte	0	—	4,00 B
Baltischer Lloyd	—	fr.	5,50 G
Bresl. Bierbrauer.	—	fr.	—
Bresl. R.-Wagenb.	—	fr.	52,00 B
do. ver. Oelfabr.	1	—	49,75 G
Erdm. Spinneri	—	fr.	—
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	62,50 G
Hofm.-u. Wag. Fabr.	0	—	—
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	30,00 bzG
Schl. Leinenind.	4	—	65,70 bzB
do. Porzellan	1 1/2	—	27 B
Wilhelmsh. M.A.	0	—	16,50 G

Bank-Discount 4 pCt.	—	—	—
Lombard-Zinssatz 5 pCt.	—	—	—

Staatsloose 151, 80. do. Schatzanweisungen 102 1/2. do. Ostbahn-Obligationen 11. 64 1/2. Central-Pacific. do. Reichsbank 153 1/2. Reichs-Anleihe 95 1/2. II. Orientanleihe 56 1/2. Discount. do. Schl. matter.

Nach Schluß